Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21366. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 205. **Freitag, 3. September 1920, abends.** **73. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 42 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Im Anschluß an die Bekanntmachung über Freimachung von Arbeitsstellen während der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 31. Juli 1920 wird bestimmt:

A. Das **Wirtschaftsgebiet Dresden** wird gebildet aus der Stadt Dresden, den sämtlichen Ortschaften der Amtshauptmannschaften Dresden-A. und Dresden-N., aus den Orten Coswig (Neucoswig), Kötitz, Weinböhla, aus Radeburg sowie Beerwalde, Borlas, Börnchen, Großölsa, Hänichen, Höckendorf, Obercunnersdorf, Possendorf, Ruppersdorf, Seifersdorf, Spechtritz und Wilmsdorf.

B. Das **Wirtschaftsgebiet Meißen** wird gebildet aus den Orten Bockwen, Brockwitz, Döhritz, Garsebach, Gruben, Keilbusch, Klosterhäuser, Korbitz, Lercha, Löthain, Mehren, Meißen, Miltitz-Roitzschen, Munzig, Neusörnewitz, Niederau, Niedermeisa, Oberjahna mit Kaschka, Obermeisa, Proschwitz, Questenberg, Reichenbach, Robschütz, Rottewitz, Schletta, Scharfenberg, Semmelsberg, Siebeneichen, Sörnewitz, Taubenhain, Winkwitz, Zadel und Zehren.

C. Das **Wirtschaftsgebiet Pirna** wird gebildet aus den Orten Copitz, Lohmen und Pirna.

D. Das **Wirtschaftsgebiet Heidenau** wird gebildet aus den Orten Birkwitz, Bosewitz, Burckhardtswalde, Dohna, Gorknitz, Großcarupa, Großsedlitz, Großschachwitz, Heidenau, Kleinsedlitz, Kleinschachwitz, Köttewitz, Maxen, Röhrsdorf, Sporbitz, Weesenstein, Wölkau, Zschieren sowie Bärenklause, Gombsen, Kleincarsdorf, Kreischa, Lungkwitz, Quehren, Reisewitz, Sayda und Wittgensdorf.

E. Das **Wirtschaftsgebiet Neustadt** wird gebildet aus den Orten Berthelsdorf, Langburkersdorf, Neustadt, Niederottendorf, Oberottendorf, Polenz und Rückersdorf.

F. Das **Wirtschaftsgebiet Sebnitz** wird gebildet aus den Orten Hertigswalde und Sebnitz.

Der Demobilmachungskommissar.

Höchstpreise für Brot und Mehl betr.

Nach Gehör des Bezirksausschusses werden für den Bezirk des Kommunalverbandes Großenhain einschl. der revidierten Städte Großenhain und Riesa **folgende Höchstpreise für Mehl und Brot festgesetzt:**

A. Für Mehl:

a) im Großhandel

für Weizenmehl 90%iger Ausmahlung 225 Mk., für Weizenmehl 80%iger Ausmahlung (Krankenmehl) 240 Mk. — für den dz frei Haus oder bei Stückgutlieferung frei Station bez. vom Zwischenlager frei ab Lager ausschl. Sack.

Für Roggenmehl 90%iger Ausmahlung 200 Mk. für 1 dz frei Haus oder bei Stückgutlieferung frei Station ausschl. Sack.

b) im Kleinhandel

für Weizenmehl 90%iger Ausmahlung	2.50 Mk.	für	1 kg	Die Preise verstehen sich rein netto ohne Verpackung, letztere ist evtl. mitzubringen oder kann besonders berechnet werden.
	0.75 Mk.	für	300 gr,	
	1.50 Mk.	für	600 gr,	
	2.85 Mk.	für	1140 gr,	
für Roggenmehl 90%iger Ausmahlung	2.30 Mk.	für	1 kg,	
	0.70 Mk.	für	300 gr,	
	1.40 Mk.	für	600 gr,	
	2.60 Mk.	für	1140 gr,	
für Weizenmehl 80%iger Ausmahlung (Krankenmehl)	2.70 Mk.	für	1 kg.	

B. Für Brot:

für Roggenbrot	2.— Mk.	für	1 kg,
	3.— Mk.	für	1½ kg,
	6.— Mk.	für	3 kg,
	3.80 Mk.	für	1900 gr,
für Weißbrot	0.23 Mk.	für	1 Stück zu 80 gr,
	0.45 Mk.	für	2 Stück zu je 80 gr,
für Zwieback	0.50 Mk.	für	60 gr.

Die vorstehenden Preise gelten als **Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes und treten am 6. September ds. Js. in Kraft.**

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Preise werden mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Großenhain, am 2. September 1920.

1161 c I. **Der Kommunalverband.**

Verteilung des Einmachzuckers betr.

Der ausländische Einmachezucker kann vom **Montag, den 6. September ds. Js.** ab auf die ausgegebene Karte entnommen bez. abgegeben werden.

Es entfallen ¾ Pfund auf den Kopf. Der Preis beträgt 7.40 Mk. für das Pfund, für ¾ Pfund gleich 5.55 Mk.

Großenhain, am 2. September 1920.

1206 c III. **Der Kommunalverband.**

Abgabe von Speisekartoffeln betr.

Für die nächste Woche, vom 5.—11. September 1920, gelangen auf den für die genannte Zeit gültigen Abschnitt der braunen Kartoffelkarte **7 Pfund** und der roten Kartoffelkarte **5 Pfund** Frühkartoffeln zur Verteilung.

Zum Bezuge sind alle Kartoffelversorgungsberechtigten, d. h. nicht Kartoffelbau treibende Personen, sowie Kartoffelerzeuger, denen Speisekartoffeln aus neuer Ernte noch nicht zur Verfügung stehen, berechtigt.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 19. Juli 1920 — 397 c II — in Geltung.

Großenhain, am 2. September 1920.

486 c II. **Der Kommunalverband.**

Kriegsversicherung für den Todesfall im Kriege 1914.

1. Nachdem die Kriegsversicherungskasse vorläufig mit dem 10. Juli 1920 abgeschlossen worden ist, können nunmehr die Auszahlungen auf die Kriegssterbefälle an die aus den Anteilscheinen Berechtigten stattfinden. Die auf jeden Anteilschein zur Auszahlung gelangende Summe beträgt

83 Mk.

2. Die aus den Anteilscheinen Berechtigten, die den Beweis des Todes oder des Vermißtseins des Kriegsteilnehmers, auf dessen Leben die Versicherung genommen worden ist, bereits geführt haben und demgemäß im Besitze einer Verfügung der Brandversicherungskammer über die Anerkennung des Sterbefalles als Versicherungsfalles sind, werden durch eine Bekanntmachung der Brandversicherungskammer vom 25. August 1920 **aufgefordert, die in ihrem Besitze befindlichen Anteilscheine nebst der erwähnten Anerkenntnisverfügung**

bei der Brandversicherungskasse in Dresden-N., Kaiser-Wilhelm-Platz 3, Erdgeschoß

einzureichen.

In allen Fällen ist hierbei die genaue Adresse des Empfangsberechtigten anzugeben. Es wird dringend empfohlen, Sendungen durch die Post **einschreiben** zu lassen.

3. Die Brandversicherungskasse wird die entfallenden Beträge den Empfangsberechtigten unmittelbar zukommen lassen. Zahlungen können auch jederzeit während der Kassenstunden (werktags von 8 bis 1 Uhr) bei der Brandversicherungskasse gegen Rückgabe der Anteilscheine und der Anerkenntnisverfügung in Empfang genommen werden. Der unterzeichnete Rat ist ermächtigt, Zahlungen gegen Rückgabe der bezeichneten Urkunden an die Empfangsberechtigten für Rechnung der Brandversicherungskammer zu leisten, und hat damit die Stadtsteuerkasse beauftragt.

4. Der **endgültige** Abschluß der Kriegsversicherung erfolgt entsprechend den Bestimmungen unter 8 und 9 der Versicherungsbedingungen erst 6 Monate nach dem Tage, mit dem der Krieg nach der im § 11 des Reichsgesetzes vom 4. August 1914 (RGBl. S. 328) vorgesehenen Verordnung der Reichsregierung als beendet anzusehen sein wird. Dieser Zeitpunkt wird noch amtlich bekanntgegeben werden. Bis dahin können auch fernerhin Versicherungsfälle bei der Brandversicherungskammer angemeldet und kann der Nachweis des Todes und des Vermißtseins von Kriegsteilnehmern, auf deren Leben eine Kriegsversicherung genommen worden ist, noch unbeschränkt geführt werden. Für die Versicherungsfälle, bei denen der Nachweis des Todes oder des Vermißtseins erst nach dem 10. Juli 1920 geführt worden ist, wird auf jeden Anteilschein **derselbe** Betrag (83 Mk.) gewährt, der auf Grund der vorläufigen Abrechnung auf die Anteilscheine ausgezahlt wird, selbstverständlich ebenfalls nur gegen Rückgabe der Anteilscheine und der besonderen Anerkenntnisverfügung der Brandversicherungskammer.

Der Rat der Stadt Riesa, am 2. September 1920. F.

Auf Grund des Gesetzes vom 23. Februar 1920 zur Abänderung des pp. und des Hundesteuergesetzes vom 18. August 1868 wird das Steuerjahr für die Hundesteuer auf die Zeit vom 1. April bis 31. März verlegt. Demgemäß ist auf die Zeit vom 1. Januar 1921 bis 31. März 1921 ¼ des Jahresbetrages der für das laufende Kalenderjahr gezahlten Steuer zu entrichten und binnen 14 Tagen anher — Zimmer Nr. 5 — abzuführen.

Zur Zahlung dieses Steuerbetrages sind alle hiesigen Besitzer von Hunden mit Ausnahme derjenigen verpflichtet, welche ihre Hunde für das 1. Kalendervierteljahr 1921 bereits an einem anderen Orte des Freistaates Sachsen versteuert haben oder deren Hunde nach dem 9. Januar 1920 geworfen wurden.

Gröba (Elbe), am 2. September 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Pflaumenverkauf in Gröba.

Sonnabend, den 4. September 1920, vorm. 8—1 Uhr werden in der Zentralschule in Gröba an alle Einwohner der Gemeinde Gröba, welche bis jetzt noch keine Pflaumen erhalten haben, Pflaumen verkauft. Auf den Kopf entfällt 1 Pfund, Preis 50 Pfg. für 1 Pfund. Lebensmittelkontrollkarte ist mitzubringen.

Gröba (Elbe), am 3. September 1920. **Der Gemeindevorstand.**

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 3. September 1920.

—* **Oeffentliche Sitzung des Schulausschusses** findet Montag, den 6. September 1920 nachmittags 4 Uhr im Lehrerzimmer der Albertschule statt. Anschließend nichtöffentliche Sitzung. Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

—* **Abgabe der Luxussteuer-Erklärung.** Das Reichsfinanzministerium teilt mit: In den Kreisen der luxussteuerpflichtigen Gewerbetreibenden scheint vielfach die irrige Auffassung verbreitet zu sein, daß die Frist zur Abgabe der Luxussteuererklärung erst mit dem 30. September 1920 ablaufe. Dieser Tag bildet den Schluß der Steuererklärungsfrist für das Reichsnotopfer, nicht auch für die Luxussteuer. Die Luxussteuererklärung war vielmehr, soweit nicht für einzelne Fälle eine Fristverlängerung besonders zugebilligt worden ist, bereits bis zum 1. September 1920 abzugeben, worauf in der Presse wiederholt hingewiesen worden ist. Wer die Frist versäumt hat, wird gut tun, nunmehr umgehend die Erklärung nachzuholen, um empfindliche Ordnungsstrafen und Steuerzuschläge zu vermeiden. Die baldige Erledigung der ersten Luxussteuerveranlagung ist unbedingt erforderlich, weil mit dem 1. Oktober 1920 bereits die Frist zur Abgabe der zweiten Luxussteuererklärung für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1920 beginnt.

—* **Radikalismus und Wirtschaft.** Die „Sächs. Industrie", Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, schreibt in der letzten Nummer: „Es ist weiten Kreisen viel zu wenig bekannt, welch großen Schaden die radikalen Wortführer der Linksparteien durch Verhetzung der Arbeiter und Angestellten anrichten. Daß die Hölzlade im Vogtlande noch jetzt ihre Nachwirkungen dadurch ausübt, daß Ausländer nicht nach den vogtländischen Industriebezirken kommen, um Bestellungen zu erteilen, daß die Lebensmittelunruhen der letzten Zeit ebenfalls viele Ausländer abgehalten haben, nach Sachsen zu reisen, um hier mit den Industriellen wegen Erteilung von Aufträgen Fühlung zu nehmen, ist bekannt, aber wenig bekannt dürfte sein, daß auch das ausländische Kapital durch die ungünstigen Verhältnisse sich leider abhalten läßt, in Sachsen Anlage zu suchen, obwohl es hier für den Wiederaufbau recht gute Dienste leisten könnte. Niemand wagt es, heute eigenes oder geborgtes Kapital zur Vergrößerung des Betriebes oder zur Umstellung zu benutzen, weil die Unternehmer eben noch damit rechnen müssen, daß einige besonders radikal gesinnte Arbeiter der Fabrik die anderen terrorisieren, zum Streik zwingen oder in den Betriebsversammlungen für die Sozialisierung der Betriebe agitieren, ohne daß die Unternehmer etwas dagegen tun können. Auch gut fundierte Firmen, die an sich mit eigenem Kapital oder auch durch Zuhilfenahme fremden Kapitals Umstellungen vornehmen können, werden von diesem Plan abgehalten, und diese Lähmung der Unternehmungslust kostet dem Wirtschaftsleben nach und nach Milliarden von Mark. Es muß daher wohl auch als eine Aufgabe der Regierung bezeichnet werden, daß hier auf der einen Seite der Verhetzung entgegengetreten und auf der anderen Seite durch Aufklärung in den Schichten des Volkes gewirkt wird. Sicher ist ein großer Teil auch der Arbeiter und Angestellten des revolutionären Treibens müde, aber es ist psychologisch verständlich, wenn auch diese Schichten des Volkes denjenigen glauben, die mit schönen Versprechungen goldene Berge in Aussicht stellen, ohne sich darum zu kümmern, daß diese Versprechungen niemals zu realisieren sind, während anderseits die dadurch hervorgerufene Unruhe die Unternehmungslust und die Investierung von Kapital zum Wiederaufbau hindern. Auch die Gesetzgebung sollte mit ihrem Strom von Gesetzen allmählich etwas einhalten, denn auch die von sozialistischen Gedanken beeinflußte Gesetzgebung schreckt nachweislich inländische und ausländische Unternehmer von volkswirtschaftlich wichtiger Arbeit ab."

—* **Minister a. D. Uhlig Bürgermeister von Radeberg.** Wie die Dresdner Abendblätter melden, ist der frühere Minister des Innern, Uhlig, in der vorgestrigen gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten zum Bürgermeister der Stadt Radeberg gewählt worden.

— SEK. **Die Deutsche Demokratische Partei** hat bereits im vorigen Jahre einen Reichsausschuß demokratischer Kirchenfreunde ins Leben gerufen, um alle kirchlich interessierten Frauen und Männer innerhalb der Partei zusammenzuschließen. Zum Vorsitzenden des Reichsausschusses ist seinerzeit auf dem Leipziger Parteitag Pfarrer Graue, Berlin, bestimmt worden. In den einzelnen Teilen des Reiches sind inzwischen besondere Arbeitsausschüsse errichtet worden. Auch im 32. Wahlkreise Leipzig besteht eine Vereinigung demokratischer Kirchenfreunde. Zuschriften sind zu richten an die Geschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Leipzig, Rudolphstraße 4.

— SEK. **Seine 101. Jahresfeier** wird der Sächsische Hauptmissionsverein am Mittwoch, den 8. September, in Dresden begehen. Nach einem Festgottesdienst, der nachmittags um 4 Uhr in der Frauenkirche stattfinden wird, und in welcher Pastor D. Oepke, Leipzig, die Festpredigt halten wird, soll abends 8 Uhr im Großen Saale des Vereinshauses eine öffentliche Abendversammlung stattfinden, in welcher Probst Jeremias, früher in Jerusalem, über „Deutsche evangelische Arbeit im Heiligen Lande" und Missionsinspektor Beyer, Berlin, über das Thema „Bester Heidenmission, zugleich als ein Dienst für Volksmission" sprechen werden. Die geschlossene Beiratssitzung und zugleich Hauptversammlung der Mitglieder, wird vormittags 9 Uhr im Spiegelsaal des Vereinshauses, Zinzendorfstraße 17, stattfinden. Erwähnt sei noch, daß der Sächsische Hauptmissionsverein, der unter der Leitung von Geh. Reg.-Rat Freiherrn v. Welck, Dresden, steht, vor kurzem einen Berufsarbeiter im Hauptamt in der Person

des Predigtamtskandidaten Jasper angestellt hat, der im Festgottesdienst in der Frauenkirche den Jahresbericht erstatten wird.

— Verstaatlichung der Kriminalpolizei in Sachsen? Vor einiger Zeit hat im sächsischen Ministerium des Innern eine Konferenz zwischen den beteiligten Kreisen stattgefunden, bei der über die Umbildung der sächsischen Polizei beraten wurde. Außer den Vertretern der Regierung waren alle größeren Städte, z. B. Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Zittau u. a., und auch der sächsische Gemeindetag an dieser Konferenz beteiligt. Es wurde beschlossen, daß die Gemeinden ein Gutachten über diese Angelegenheit abgeben sollten. Inzwischen ist eine Anzahl solcher Gutachten bei der Regierung eingelaufen, die natürlich die widersprechendsten Meinungen enthalten. Auf Antrag des sächsischen Gemeindetages ist der Termin für Abgabe des Gutachtens bis zum 1. Oktober verlängert worden. Anfang Oktober werden weitere Besprechungen stattfinden. Schon heute kann, wie die „Zittauer Morgenzeitung" mitteilt, soviel gesagt werden, daß wahrscheinlich eine Verstaatlichung der Kriminalpolizei eintreten wird.

— Das Waffentragen von Reichswehrangehörigen in Versammlungen. Der Reichswehrminister hat neuerdings verfügt: Auf verschiedene an das Reichswehrministerium gerichtete Anfragen wird mitgeteilt: Bei der Teilnahme an Versammlungen sind die Reichswehrangehörigen gemäß § 11 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 berechtigt, mit der zu ihrem Anzug gehörigen Seitenwaffe zu erscheinen. Die Mitnahme von Schußwaffen oder Handgranaten ist dagegen verboten.

— Die sächsischen Landtagswahlen sind, wie gemeldet wird, für den 7. oder 14. November in Aussicht genommen. Eine endgültige Entscheidung wird binnen kurzem erfolgen.

—SEK. Kundgebung des Allgemeinen Ev.-luth. Schulvereins. Auf seiner letzten Hauptversammlung, welche am Sonntag, den 28. August in Chemnitz stattfand, hat der Allgemeine Ev.-luth. Schulverein für Sachsen angesichts der besonderen Notlage Sachsens folgende Kundgebung einstimmig beschlossen: 1. Nach der Reichsverfassung muß der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen unserer Kirche erteilt werden (Artikel 149). Wir haben also gesetzlichen Anspruch auf schrift- und bekenntnisgemäßen Religionsunterricht in der Schule. 2. Der Sächsische Lehrerverein hat jahrelang gegen solchen Religionsunterricht gekämpft und verlangt, daß die Lehrer ihn ablehnen dürfen. Jetzt gibt die Reichsverfassung dieses Recht. Wir hielten es für selbstverständliche Ehren- und Gewissenssache, daß jene Lehrer nunmehr von diesem Recht ohne irgendwelche Einschränkung Gebrauch machen würden. Statt dessen hat aber der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins die sächsischen Lehrer aufgefordert, „die für den Religionsunterricht angesetzten Stunden mit Stoffen gesinnungsbildenden Inhalts auszufüllen". Diese Aufforderung enthält eine schwere Verhöhnung und Verletzung der Verfassung. Wir weisen sie mit um so größerer Entrüstung zurück, weil hiernach den Eltern im Stundenplan noch ein Religionsunterricht vorgespiegelt wird, der auf diesen Namen keinen Anspruch hat. 3. Es ist daher jetzt heilige Gewissenspflicht aller bekenntnistreuen Eltern, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch zu machen, und ihre Kinder aus diesem schrift- und bekenntniswidrigen Unterricht herauszunehmen. 4. Ebenso ist es jetzt selbstverständliche Pflicht der Kirche, im Bunde mit anderen biblisch-gläubigen Kreisen den Religionsunterricht der Kinder anstelle der Lehrer zu übernehmen. Eine Kirche, die das nicht vermag, ist keine Kirche mehr und gibt sich selbst auf. 5. Wir begrüßen es daher, daß der Entwurf der Kirchgemeindeordnung der ev.-luth. Landeskirche Sachsens jeder Kirchgemeinde die Aufgabe stellt, Einrichtungen für die erforderliche religiöse Unterweisung der Kinder zu treffen und zu unterhalten (§ 38). 6. Schon jetzt aber rufen wir in der schweren Uebergangszeit, in der wir stehen, alle ev.-luth. Eltern auf, sich mit uns zur Sicherung biblischer Kindererziehung zusammenzuschließen, um vereint auch da, wo die bekenntnistreuen Eltern sich in kleiner Minderheit befinden, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ev.-luth. Eltern! Haltet die Augen auf! Es geht um Eure Kinder! Wachet, betet und handelt! Die Hauptgeschäftsstelle des Vereins befindet sich jetzt in Klotzsche bei Dresden, Königsbrückerstraße 84.

—* Hinweis. Auf die Bekanntmachung des Demobilmachungskommissars im amtlichen Teile vorliegender Nr., betr. die Wirtschaftsgebiete Dresden, Meißen, Pirna, Heidenau, Neustadt und Sebnitz, sei hiermit aufmerksam gemacht.

— Zapfenstreich. Der Chef der Heeresleitung hat jetzt den Zapfenstreich wieder eingeführt, und zwar ist er für das Sommerhalbjahr auf 11 Uhr und für den Winter auf 10 Uhr abends festgesetzt. Die Unteroffiziere, die nicht Portepeeträger sind, müssen bis 12 Uhr nachts in ihre Quartiere zurückgekehrt sein. Mit dieser Verordnung wird die Disziplin des alten deutschen Heeres wieder eingeführt.

—* Wer trägt die Schuld an den hohen Lebensmittelpreisen? Von einem Vertreter des Landespreisamtes erfährt der Telunion-Sachsendienst, daß ein Abbau der Preise erst zu erwarten ist, wenn die Kohlen, das Getreide und die Kartoffeln billiger geworden sind. Alle auf die Verbilligung der Lebensmittel hinzielenden Bestrebungen müssen aber versagen, wenn immer und immer wieder die Käufer jeden Preis bezahlen und selber die höchsten Preise vorschlagen. Der Vertreter des Landespreisamtes erklärt wörtlich: „Die Landwirte selber sind der Ueberzeugung, daß die Preise zu hoch sind. Aber sie haben uns auf Vorhalt erklärt: „Sie können doch nicht verlangen, daß wir die Preise ablehnen, die man uns aus freien Stücken anbietet!" Diese Worte bezeichnen treffend die Ursache unseres ganzen Elends auf dem Lebensmittelmarkte. Denn man mag noch so viele Worte über die „Habgier der Bauern" verlieren, wer von diesen Beschwerdeführern hätte die Charakterstärke, ein hohes Preisangebot mit der Begründung abzulehnen: „Nein, Sie zahlen mir zu viel; nur wenn Sie mir weniger geben, überlasse ich Ihnen die Ware!" Solcher Edelmut geht über Menschenkraft. Es wird mit unseren Preisen nicht eher besser, als bis sich im kaufenden Publikum ein Solidaritätsgefühl entwickelt, das die künstliche Hinauftreibung der Preise unmöglich macht."

* Nünchritz. Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung am 27. August 1920. Der Gemeindevorstand gibt bekannt, daß auch Herr Schn. auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses ablehnt, in den Gemeinderat einzutreten. An seine Stelle tritt Herr E. Kummer, der heute vom Gemeindevorstand verpflichtet wird. — Mit der Pflaumenernte soll ebenso verfahren werden, wie bei der Kirschenernte. An Preis sollen 10 M. pro Zentner weniger verlangt werden als der ortsübliche Tagespreis beträgt. — Die Stundenlöhne bei der Holzverteilung werden von 2,10 M. auf 3,— M. heraufgesetzt. Künftig soll das Holz 95 M. pro m betragen. — Hierauf nimmt Herr Dr Bretmann das Wort. Er ist vom Gemeinderat hierher gebeten worden, um über „Siedelungsbau" Auskunft zu geben. Es wird etwa folgendes ausgeführt: Es ist fast überall nicht so gebaut worden, wie es notwendig wäre. Man hat zu wenig an kinderreiche Familien gedacht. Heute zu bauen ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Drei Tatsachen bedingen die Höhe der Kostenanschläge: 1. Die schon teuren Baustoffe kommen nicht aus erster Hand. 2. Die Unternehmer nehmen einen sehr hohen Profit (50—100%). 3. Die Arbeitslöhne sind sehr hoch. Um hier verbilligend zu wirken, hat sich der Verband für Siedelungsbau zwischen Erzeuger und Verbraucher hineingestellt. So hat er erreicht, daß er Baustoffe aus erster Hand bekommt. Weil nun der Siedler selbst mit Hand anlegen soll, wird eine weitere Verbilligung erzielt. Auch in N. wäre es möglich, Siedelungen erstehen zu lassen, da der zu Steinen verarbeitete Sand aus der Baugrube in genügender Menge genommen werden könne. Zur Durchführung wäre die Bildung einer Genossenschaft in die Wege zu leiten. Es müsse freilich schnell gehandelt werden, damit man im kommenden Frühjahre rechtzeitig mit Bauen beginnen könne. Diese Genossenschaft würde sich dann an den Leipziger Verband anschließen. Dieser würde alles mögliche tun, um das Erstehen von 25 Heimstätten, die jetzt infrage kämen, so leicht und billig wie möglich zu gestalten. — Nach Schluß der öffentlichen Sitzung wird in die Besprechung dieses Vertrags eingetreten. Man ist sich der Wohnungsnot bewußt, aber auch der Tragweite, die ein aktives Vorgehen nach sich zieht. Immerhin erblickt man doch in dem Siedlungsbau das beste Mittel zur Behebung der Not. Es wird die Bildung einer Genossenschaft beschlossen und dem Gemeindevorstand anheim gegeben, das weitere zu veranlassen. (Rtr.)

Großenhain. Ein kurzes Gewitter mit schweren elektrischen Entladungen trat gestern mittag nach 1 Uhr über der Stadt auf. Es war begleitet von einem heftigen Regen, der dem Wasserstand der Röder merklichen Zuwachs brachte.

Ostritz. Völlig unerwartet zurückgekehrt ist dieser Tage der seit 6 Jahren totgeglaubte Arbeiter Franz Jerecny zu seinen hier wohnenden Angehörigen. Bei Kriegsbeginn im August 1914 wurde Jerecny nach Gitschin einberufen und nahm an den ersten Kämpfen gegen die Russen in Galizien teil. Dort geriet er in russische Gefangenschaft und wurde nach Sibirien abtransportiert. All die langen Jahre fehlte ihm jede Möglichkeit, sich mit seinen Angehörigen in Verbindung zu setzen. Er galt als vermißt. Jerecny war vor dem Kriege in einer Sägemühle in Weigsdorf beschäftigt und hat nun dort wieder Stellung gefunden.

Löbau. Der Kommunalverband Löbau hatte vor einigen Tagen verordnet, daß in seinem Bezirke keine Brotmehlstreckung mehr stattfinden solle. Jetzt gibt er bekannt, daß auf Anordnung des Wirtschaftsministeriums diese Bekanntmachung außer Kraft gesetzt worden ist. Das Brot ist bis auf weiteres wie bisher zu strecken.

Hohnstein. An dem Notstandbau der Staatsstraße am Wartenberge ist in der Nacht zum Sonntag die 30 Meter hohe Böschungsmauer aus Sandstein eingestürzt und hat in einer Ausdehnung von wenigstens 2500 Quadratmetern den anstehenden Hochwald völlig vernichtet. Die starken Bäume sind durch die Steinmassen wie die Streichhölzer zerbrochen. Das Trümmerfeld liegt in unmittelbarer Nähe des Hockstein's bietet einen gewaltigen Anblick und ist das Ziel zahlreicher Ausflügler. Man gelangt von der Stadt in 10 Minuten dahin. Von der Endstation der staatlichen Kraftwagenlinie Pirna—Rathewalde—Bergschänke—Hohnstein ist der Schauplatz in derselben Zeit zu erreichen.

Chemnitz. Ein von hier abgesandtes Einschreibepaket mit Steuermarken im Werte von 177 000 Mark ist verloren gegangen.

Zwickau. Die Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule ist, wie gemeldet, durch ministerielle Verordnung genehmigt worden. Zum Direktor wurde vom Landwirtschaftlichen Kreisverein im Erzgebirge der Landwirtschaftslehrer Dombrowsky (Auerbach) gewählt. Die Eröffnung der Anstalt wurde für den 18. Oktober dieses Jahres in Aussicht genommen. Im 1. Semester kann der Unterricht nur an die Unterklassen erteilt werden.

Glauchau. Zur Beerdigung freigegeben wurde von der Staatsanwaltschaft die Leiche des jungen Mädchens, das kürzlich im Gasthofe „Zur Sonne" unter mysteriösen Umständen an Herzschlag verstarb. Die weiteren Erörterungen sind eingestellt, da die bisherige Untersuchung nichts Belastendes ergab.

Altenberg. Billige Kartoffeln gab es hier für die Gemeindemitglieder. Der Zentner wurde hier sowie in Lauenstein und Geising zum Preise von 6 bis 15 Mark abgegeben.

Falkenstein. Einer Vergiftung durch Methylalkohol, der in Flüssigkeiten enthalten ist, die als sogenannter Trinkrum oder Kognak im Handel angeboten werden, ist dieser Tage ein hiesiger Bürger erlegen.

Breitenbrunn. Am Kirchweihsonntag, der großen Temperaturrückgang zu verzeichnen hatte, trat der erste Schnee ein. Obwohl der Schnee keine Beständigkeit hat, kommt er doch viel zu früh, denn Roggen, Gerste und Hafer stehen noch an.

Plauen. Der 40 Jahre alte Weber Paul Jakob ist beim Hantieren unter einem Webstuhl in der Vogtländischen Tüllfabrik von einer Walze erfaßt und in das Getriebe hineingezogen worden. Dem Unglücklichen wurden beide Arme mehrfach gebrochen außerdem erlitt er schwere Verletzungen am Kopf und an der Schulter.

Plauen i. V. Der Schulstreik der katholischen Eltern dauert fort. Es sind zwar einige wenige Kinder in den Klassen erschienen, die auch von den anwesenden Lehrern unterrichtet werden. Im allgemeinen sind aber Veränderungen in der Sachlage nicht zu verzeichnen. Wie aus Crimmitschau gemeldet wird, sind die Katholiken dort für die Erhaltung der katholischen Schule in Plauen in einen „Sympathie-Schulstreik" eingetreten.

)(Leipzig. Der Aufsichtsrat des Meßamtes hat in seiner gestrigen Sitzung grundsätzlich beschlossen, die Technische Messe und die Allgemeine Mustermesse wieder zusammenzulegen, sofern die maßgebenden Verbände der technischen Industrien dem zustimmen, worüber kaum ein Zweifel besteht. Ob die Wiedervereinigung der Technischen Messe mit der Allgemeinen Muster-Messe bereits im Frühjahr 1921 durchgeführt wird, ist nur noch eine Frage der technischen Möglichkeit.

Leipzig. Ein Lindenauer Volksschüler der sechsten Klasse begann sein neuestes literarisches Erzeugnis mit dem Satze: „Der schönste Tag aus meinen Sommerferien war der Einsturz Sarrasanis" und schilderte den Eindruck, den das einstürzende Theater auf ihn machte. Das Opfer der unfreiwilligen Schadenfreude, Direktor Stosch, dankte für das tiefe „Mitgefühl" dem Jungen mit einer Freikarte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Orgesch für Ostpreußen nicht gestattet. Vom Oberpräsidium in Königsberg wird mitgeteilt: Das Berliner Nachrichtenbüro „Deutsche Telegraphen-Union" bringt unter der Ueberschrift **„Anerkennung der Orgesch für Ostpreußen"** die Nachricht, daß in Anwesenheit und unter tätiger Mithilfe Dr. Escherichs soeben in Königsberg eine alle Teile befriedigende Einigung zwischen dem Selbstschutz Ostpreußen und dem Oberpräsidenten erreicht sei. Es folgt der Satz, daß hierdurch gleichzeitig bewiesen sei, daß sich auch die maßgebenden Stellen in Ostpreußen davon überzeugt hätten, daß Escherich in Einklang mit seinem bekannten Programm nur dem Wohl des Ganzen dienen wolle. Demgegenüber wird folgendes festgestellt: Forstrat Dr. Escherich ist bei Verhandlungen zwischen den ostpreußischen Parteien bezw. den in den Provinzialwehrberatungsausschuß berufenen Männern nicht zugegen gewesen. Der Oberpräsident hat überhaupt nicht mit ihm verhandelt, vielmehr hat zwei Tage nach dem Abschluß der Einigung Herr Escherich lediglich einen ganz kurzen Besuch bei dem Oberpräsidenten gemacht, bei dem keinerlei Verhandlung gepflogen ist. Ferner ist die Orgesch für Ostpreußen nicht, wie die Ueberschrift der Notiz angibt, anerkannt worden. Im Gegenteil ist und bleibt sie aufgelöst und ihre Mitglieder sind in die von der Staatsverwaltung der Provinz durch Erlaß des Oberpräsidenten Siehr gegründeten Orts- und Grenzwehren auf dem Lande und in den Kreisstädten zum größten Teil eingetreten, während in den freien Städten die Ortswehren überhaupt nicht mehr bestehen bleiben, sondern nur Eintragungen für Grenzwehren erfolgen. Zum Schlußsatz ist zu bemerken, daß die maßgebenden Stellen in Ostpreußen niemals erklärt haben, daß Herr Escherich nicht dem Wohl des Ganzen dienen wolle, wohl aber standen und stehen sie auch fernerhin auf dem Standpunkt, daß sich die Orgesch für Ostpreußen jedenfalls in keiner Weise eignet und überhaupt hier nicht geduldet werden konnte und kann.

Vorbereitungen für die Plenarsitzung des Völkerbundes. Einige Mitglieder des Völkerbundssekretariats sind am Mittwoch in Genf eingetroffen, um die letzten Vorbereitungen für die vom Präsidenten Wilson auf den 15. September vormittags 11 Uhr einberufene Plenarsitzung des Völkerbundes und für die Einrichtung des Völkerbundssekretariats zu treffen. Die Genfer Regierung hat in dankenswerter Weise den Delegierten der 39 Staaten und ihren Sekretariaten für die Dauer der Sitzung den sogen. Reformationssaal zur Verfügung gestellt, sowie ein an das Hotel „Pergues" anschließendes Gebäude mit 80 Sälen. Jedes Land wird somit seinen eigenen Saal haben und die Kommissionen verfügen über die für ihre Beratungen nötigen Räume. Voraussichtlich werden bei der mehrere Wochen dauernden Verhandlung gegen 400 Personen in diesen Räumen arbeiten.

Weitere amerikanische Kriegsschiffe in Danzig eingetroffen. Nachdem am Donnerstag der amerikanische Panzerkreuzer „Pittsburg" in Danzig eingetroffen war, liefen gestern ein amerikanischer Zerstörer und der amerikanische Hilfskreuzer „Mars" in den Danziger Hafen ein.

Die Ausschließung Noskes aus der S. P. D. beantragt. Die Hauptversammlung des sozialdemokratischen Vereins Groß-Kiel hat beschlossen, auf dem kommenden sozialdemokratischen Parteitag in Kassel die Ausschließung Noskes aus der Partei zu beantragen, und zwar wegen des von ihm verfaßten Buches „Von Kiel bis Kapp", das schwere Beleidigungen Kieler Genossen enthalte.

Verbot der „Frkf. Ztg." für die besetzten Gebiete. Die „Frkf. Ztg." ist für die Dauer eines Monat vom 8. September 1920 ab im besetzten Gebiete verboten worden und zwar wegen mehrerer für die Besatzungsbehörden angeblich beleidigender Artikel, besonders des Artikels „Die Not der Rheinlande" vom 22. v. Mts.

Der Mittellandkanal. Im Ausschuß der preußischen Landesversammlung für den Mittellandkanal wurden die vorgeschlagenen 5 Linienführungen eingehend besprochen. Der Kampf drehte sich hauptsächlich um die Mittel- und die Südlinie. Eine Mehrheit der Parteien für die eine oder andere Linienführung ist noch nicht zu erkennen. In den nächsten Tagen wird der Ausschuß eine Besichtigungsreise vornehmen.

Die Neuwahlen in Preußen. Nach dem „L. A." sollen die Neuwahlen für Preußen voraussichtlich für den November ausgeschrieben werden. Auch die Wahl des Reichspräsidenten soll noch in diesem Jahre erfolgen.

Neue Kohlenpreise abgelehnt. Vorgestern fand eine gemeinschaftliche Sitzung des Kohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats statt. Der Sitzung lag ein Antrag des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats auf Erhöhung der Steinkohlenpreise um 9 Mark für die Tonne vor. Es handelte sich um eine alte Forderung, die bereits Ende Juli abgelehnt worden war. Die Regierung hatte schon für den Monat August die Zahlung gewisser Lebensmittelzuschüsse an die Bergarbeiter eingestellt und den Arbeitgebern anheimgegeben, mit Rücksicht auf die zu erwartende Steigerung der Förderung die unterschiedlichen Beträge aus ihrer Tasche zu zahlen. Da nun diese Steigerung der Förderung ausblieb, erneuerten die Bergwerksbesitzer ihre Forderungen nach einer Preiserhöhung. Auch gestern wieder wurde diese Forderung abgelehnt. Lediglich dem niedersächsischen Kohlensyndikat wurde eine Erhöhung um 10 Mark für die Tonne zugestanden, während 15 Mark verlangt worden waren.

Gegen die Kapitalflucht. Bekanntlich tritt das Gesetz gegen die Kapitalflucht vom 8. September 1919 mit dem 1. Oktober 1920 außer Kraft. Bei der Festsetzung dieses Termins waren die gesetzgebenden Körperschaften von der Ansicht ausgegangen, daß die Veranlagung der hauptsächlichsten neuen Steuern (Reichsnotopfer und Vermögenszuwachssteuer) bis dahin abgeschlossen sein werde. Diese Voraussetzung ist nicht eingetreten. Solange aber diese Veranlagungen noch nicht durchgeführt sind, müssen nach Ansicht der Regierung die Abwehrmaßnahmen gegen die Kapitalflucht aufrecht erhalten werden. Ein Verzicht auf dieselben vor Abschluß der Veranlagung der wichtigsten neuen Steuern wäre gleichbedeutend mit einer Preisgabe dessen, was man bislang auf Grund dieser Vorschriften erreicht hat. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit des Fortbestehens der zur Bekämpfung der Kapitalflucht erlassenen Vorschriften. Das Reichsfinanzministerium hat einen entsprechenden Entwurf ausgearbeitet, der die entsprechend dem Entwicklungsgange der Kapitalfluchtbekämpfung in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen zerstreuten Vorschriften dieser Art zusammenfaßt und gleichzeitig einige notwendige Aenderungen und Ergänzungen vorsieht. Der Reichsrat dürfte sich schon in den nächsten Wochen mit dem Entwurf befassen.

Oesterreich.

Wahlaufruf der Großdeutschen Volkspartei. In einem vorgestern veröffentlichten Wahlaufruf der Großdeutschen Volkspartei heißt es: Die Partei will in erster Linie den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich. Sie steht auf dem Boden der nationalen Demokratie und der republikanischen Staatsform, sie bekennt sich zu dem Gedanken der Volksgemeinschaft.

Tschechoslowakei.

Schließung eines deutschen Gymnasiums. Die Wiener „Neue Freie Presse" meldet aus Friedeck in Böhmen: Auf telegraphische Weisung aus Prag wurde gestern hier das deutsche Gymnasium geschlossen. Unter der deutschen Bevölkerung herrscht große Aufregung.

Serbien.

Serbiens Außenpolitik. Das Parlament ist mit einer Programmrede des Ministerpräsidenten Wesnitsch eröffnet worden, in der dieser erklärte, daß Serbien in dem russisch-polnischen Konflikt neutral bleibe. Ueber die Adriafrage fänden Besprechungen mit der italienischen Regierung statt, die hoffentlich recht bald zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß kommen würden. Die Albaner hätten in letzter Zeit begonnen, ganz offen eine feindselige Haltung gegen die Serben einzunehmen, und wiederholt die Demarkationslinie angegriffen. Mit Rumänien verbinde Serbien eine aufrichtige Freundschaft, zu den anderen Nationen seien die Beziehungen korrekt. Serbien habe den aufrichtigen Wunsch, sie noch weiter zu verbessern. Mit der Tschechoslowakei sei ein rein defensiver Bündnisvertrag abgeschlossen worden, der durchaus dem Geiste des Völkerbundes entspreche.

Frankreich.

Die belgisch-französische Allianz. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily-Telegraph" teilt mit, daß die Militärartikel der belgisch-französischen Allianz jetzt fertiggestellt und daß nunmehr die politischen Artikel behandelt werden. Diese politischen Artikel sollen eine Verpflichtung Frankreichs einschließen, die Belgiens Ansprüche bezüglich Limburgs und der Scheldemündung Holland gegenüber umfassen. Belgien hat die Militärkonvention von der französischen Zusage zur diplomatischen Unterstützung abhängig gemacht. Die Militärkonvention besagt, daß Belgien gegebenenfalls eine Armee von 100 000 Mann ins Feld stellt,

Frankreich seinerseits soll sich verpflichten, eine Armee zu unterhalten, die bei Kriegsausbruch Belgien zu Hilfe gesandt werden kann und die mit der belgischen Armee zusammen eine große Gruppe bilden soll, die ihre Direktiven vom französischen Oberbefehlshaber erhält. Der ehemalige belgische Verteidigungsplan eines Truppenaufmarsches im Dreieck Brüssel—Malines—Lüttich ist zugunsten eines mehr östlich liegenden Gebietes aufgegeben worden. Weiter sei das befestigte Lager von Antwerpen zugunsten einer anderen Basis aufgegeben.

Das wirtschaftliche Abkommen mit Belgien. „Journal" macht nähere Angaben über die Besprechung, die am heutigen Freitag in Versailles zwischen Millerand und dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix stattfinden soll. Diese Besprechung soll grundlegend sein für das wirtschaftliche Abkommen zwischen Frankreich und Belgien. Vor allem soll es sich um ein Abkommen über die Lieferung von Kohlen, Eisen und anderen Erzeugnissen, sowie um ein Zollabkommen handeln.

Der

Untergang der deutschen Bienenzucht.

(Von P. Thiel-Borlas.)

Warum ist die deutsche Bienenzucht dem Untergange geweiht? Weil das Reichswirtschaftsministerium für 1920 auf das Bienenvolk nur vier Pfund Zucker bewilligt hat, gegen 15 Pfund in den Vorjahren. Nun weiß ich zwar, daß man diese Zuckermenge den Imkern oft mißgönnt hat. Dabei ist aber nicht bedacht worden, daß die Biene die Menschheit ernähren hilft. Zum Beweise dieser Behauptung folgendes: Der Bestand unserer Pflanzenwelt, unserer Obst- und Gartenkulturen, der lohnende Obst- und Gartenbau überhaupt, hat die Fremdbestäubung zur Voraussetzung. Diese erfolgt durch den Wind und die Insekten. Fast ein Fünftel aller Pflanzenarten der Erde wird durch den Wind bestäubt, die übrigen vier Fünftel durch die Insekten. Der Biene aber fällt bei der Befruchtung unserer Kulturpflanzen bei weitem die größte Arbeit zu; denn unter 100 blütenbesuchenden Insekten sind reichlich 80 Bienen. Wir könnten daher wohl die Bienenerzeugnisse, nicht aber die Bienen entbehren. Ohne erstere würden wir bestehen, ohne die Bienen aber zugrunde gehen. Schickt doch ein einziges Volk im Mai und Juni bei gutem Wetter täglich etwa 10 000 Flugbienen aus. Was sollte aus unserem Obstbau, aus unserem Garten- und Feldbau werden, wenn die Biene fehlte! Man kommt nur selten dazu, sich einmal vorzustellen, welch eine Leistung die deutschen Bienenvölker zustande bringen! 1912 gab es in Deutschland 2,5 Millionen Bienenvölker. Bei 10 000 Sammlerinnen aufs Volk gibt es täglich 25 Milliarden. Wenn nun jede Biene für einen Ausflug 12 Minuten braucht, so fliegt sie bei der gesetzlichen Arbeitszeit von 8 Stunden täglich vierzigmal aus. Das macht für Deutschland 1000 Milliarden oder eine Billion Tagesflüge. Rechnen wir auf jeden Bienenflug nur 20 Blütenbesuche, so macht dies den Tag 240 Billionen aus. Wie hoch stellt sich nun erst die Leistung für 90 Flugtage. Es ist selbstverständlich, daß bereits manche Forscher das Verlangen gehabt haben, sich von der Wirkung der Bienenbesuche einwandfrei zu überzeugen. 1915 machte Prof. Dr. Zander-Erlangen einen Versuch mit zwei Zweigen eines Birnbaumes, denen beiden 404 Blüten gelassen wurden. Der eine Zweig wurde kurz vor Ausbruch der Blüte mit einer licht- und luftdurchlässigen Gaze umgeben, sodaß die Bienen nicht herankommen konnten, der andere Zweig wurde frei gelassen. Und das Ergebnis? Der freie Zweig brachte 83 Früchte, der andere keine. Bei der Sauerkirsche brachte derselbe Versuch bei 1000 Blüten in einem Falle 106 Kirschen, und im anderen keine, beim Apfelbaum bei 204 Blüten 41 und 1, bei der Süßkirsche bei 75 Blüten 13 und 1, bei der Stachelbeere bei 81 Blüten 49 große und 20 kleine Früchte; 100 bedeckte Weißkleepflanzen brachten keine, 100 danebenstehend freie 2700 keimfähige Körner. Es ist wahr, die Biene leistet der Pflanzenwelt einen Dienst, dessen Wert kaum in Zahlen auszudrücken ist. Man veranschlagte vor dem Kriege die Arbeit eines Bienenvolkes durch Bestäubung der Blüten auf 40 Mk. Rechnen wir heute nur das 2½ fache, so gibt das für 2,5 Millionen Völker 2½ Milliarden Mark. Und die sind doch auch in unserer Zeit kein Pappenstiel.

Eine Biene bringt von einem Trachtausfluge etwa 40 Milligramm Blütensaft heim. Ein Gramm erfordert demnach 25, 1 Kilogramm 25 000 Trachtausflüge. Bei der Umwandlung in Honig verliert der eingetragene Blütensaft bis zwei Drittel seines Gewichtes. Demnach ergeben 3 Kilogramm Blütensaft nur 1 Kilogramm Honig, und seine Gewinnung ist das Ergebnis von 75 000 Trachtausflügen. Welch eine einzigartige, lebensvolle Veranschaulichung des Wortes: Viele Wenig machen ein Viel! Ohne ein Wort über den Heil- und Nährwert des Honigs, sowie der Bedeutung des Wachses hinzuzufügen, ergibt sich aus alledem folgendes: Die Biene ist ein unentbehrliches Haustier, welches die Wohlfahrt der Bewohner eines Landes fördert. Die Gewinnung von Honig und Wachs ist nicht der Hauptzweck der Bienenzucht, sondern die Bestäubung der Blüten und die Beförderung reicher Ernten. Aus dieser Erkenntnis heraus bestimmte eine Verordnung von 1702, daß ein Bauer 4, ein Halbbauer 2 Bienenstöcke zu halten habe. Und trotz alledem soll ein Bienenvolk laut Verfügung nur 4 Pfund Zucker erhalten und ihm für den Winter der Honig belassen werden. Ganz gern würden der einsichtsvollen Imker dies tun, wenn die Regierung nur das Wetter danach machte. Und selbst wenn das Wetter sich günstig gestaltet und die Völker soviel Honig eintragen könnten, als zur Durchwinterung unbedingt notwendig ist, so würden doch Hunderttausende zugrunde gehen, weil sie von ungeeignetem, Bienenkrankheiten erzeugenden Honig zehren müssen. Derselbe muß geerntet und durch genügende Mengen Zucker ersetzt werden. Wenn der deutschen Bienenzucht die erforderliche Menge Zucker nicht zur Verfügung gestellt werden kann, dann sind alle Aufforderungen zum vermehrten Anbau von Bein und anderen Oelfrüchten zwecklos, und das Obst wird in Zukunft eine Seltenheit werden. Denn was hier in einem Jahre zugrunde geht, daß ist in zehn Jahren nicht wieder aufgebaut. Im Namen des Volkswohls erheben wir Imker bitterernsten Widerspruch gegen die geringe Zuckerzuteilung und fordern alle Volksfreunde, Landwirte, Obst- und Gartenbauer auf, sich unserem Proteste anzuschließen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. September 1920.

Der Stand unserer Lebensmittelversorgung.

)(**Berlin.** Die Konferenz im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde vom Reichsminister Dr. Hermes mit einer Ansprache eröffnet, in welcher er u. a. darauf hinwies, daß bei dem Abbau der Zwangswirtschaft unter allen Umständen ein gemeinsames Vorgehen der Länder und des Reiches erzielt werden müsse. Der Minister eröffnete sodann die Debatte über die Freigabe der Fleischwirtschaft und die Bereitstellung einer Reserve von Auslandsfleisch, die ständig so groß gehalten werden müsse, daß sie eine Wochenration für längere Zeit sicherstellt. Es müsse anerkannt werden, daß die Brotgetreidelieferung in den letzten Tagen eine Besserung erfahren habe, wenn sie auch nicht ausreiche, um die Brotration in genügendem Maße sicher zu stellen. Die Freigabe des Schlachtviehs ohne Sicherung einer Fleischration könne er nicht vorschlagen, auch die Sicherung der Brotration sei absolut notwendig. Ein Antrag Bayerns forderte eine Verminderung des Ausmahlungssatzes, sowie eine Erhöhung der Brotration. Die meisten Vertreter der Länder schlossen sich der Forderung nach Verminderung des Ausmahlungssatzes an und eine minder große Zahl auch der Forderung nach Erhöhung der Brotration.

Streik der Straßenbahner in Leipzig.

)(**Leipzig.** Die hiesigen Straßenbahner sind, da die von ihnen aufgestellten Forderungen auf Wiederaufnahme des Betriebes in vollem Umfange auf den seit einiger Zeit stillgelegten Linien und Herabsetzung des Fahrpreises auf 50 Pfg. gestern abend vom Rat der Stadt nicht bewilligt worden waren, seit heute früh in den Ausstand getreten. Der Verkehr ruht vollkommen.

Die Bergarbeiter fordern neue Lohnerhöhungen.

* **Berlin.** Die Bergarbeiterverbände haben mit Wirkung vom 1. September eine weitere Lohnerhöhung um 6 Mark pro Schicht gefordert. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Von der Reichskonferenz der U.S.P.D.

* **Berlin.** Auf der Reichskonferenz der U.S.P.D. sprachen sich gestern Koenen und Dr. Kurt Geyer für den unbedingten Anschluß an Moskau aus, während Lebebour sich gegen die russischen Bedingungen wandte.

Produktionskontrolle durch die Arbeiter.

* **Berlin.** Im Reichsarbeitsministerium fanden in den letzten Tagen Besprechungen statt zwischen dem preußischen Minister Braun und Vertretern der Metallarbeiter über die Frage einer Produktionskontrolle durch die Arbeiter und die Stellung der Regierung zur Stillegung von Betrieben. Der Minister erklärte, daß das Kabinett sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Zur Frage der Sozialisierung erklärte der Minister: „Sie sagen, ich wollte die Sozialisierung nur bei den Rohprodukten. Wir müssen aber erst einmal irgendwo anfangen und werden dabei nicht stehenbleiben. Es ist meines Erachtens unmöglich, daß wir die Sozialisierung im ganzen durchführen." Nach dem Minister sprach ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der mitteilte, daß über die Stillegung von Betrieben in nächster Zeit eine Verordnung herauskommen soll.

Verletzung des Beuthener Abkommens.

)(**Berlin.** Wie der Kreuzzeitung aus Oberschlesien geschrieben wird, tauchen von neuem Gerüchte auf, daß in sechs bis acht Wochen ein abermaliger polnischer Aufstand ausbrechen werde. — Wie verschiedenen Blättern berichtet wird, muß festgestellt werden, daß das Beuthener Abkommen wieder und wieder verletzt wird, sodaß von einem Innehalten der dort getroffenen Abmachungen lediglich seitens der Deutschen die Rede sein kann.

190000 Mark geraubt.

)(**Hamburg.** Gestern abend wurden 190000 Mark Renngelder, wie die „Hamburger Zeitung" berichtet, beim Transport des Geldes der Rabrennbahn-Gesellschaft von einer Verbrecherbande geraubt.

Die Unruhen in Augsburg.

)(**Augsburg.** Nach den endgültigen Feststellungen der Polizeibehörde haben die Unruhen am Mittwoch vier Tote gefordert. Die U. S. P. hat, wie der Volkswille mitteilt, die Betriebsräte aufgefordert, aus Protest den Generalstreik zu erklären. Sollten sich die Betriebsräte dieser Forderung widersetzen, so werde die Partei als solche ihre Maßnahmen treffen. Vonseiten des Vollzugsrates der Betriebsräte und des Gewerkschaftsbundes wurde gestern zur Ruhe und zur Fortsetzung der Arbeit ermahnt.

Militärische Besetzung der englischen Gruben.

* **Basel.** „Times" meldet, das britische Kabinett beschloß, im Falle des Ausbruchs des Bergarbeiterstreiks in England sofort alle Kohlengruben zu militarisieren, bezw. unter militärische Aufsicht zu stellen. Den Arbeitswilligen wird besonderer Schutz durch das Militär gewährt werden.

Die bolschewistische Bewegung in Italien.

)(**Mailand.** Nach Meldungen aus verschiedenen großen Städten des Landes nimmt die Metallarbeiterbewegung an Ausdehnung und Ernst zu. In Rom sind noch immer fünf Fabriken besetzt. In Turin haben die Arbeiter 26 Fabriken besetzt. In Neapel, sowie in Bergamo und anderen wichtigen Städten der Lombardei hat die Arbeiterschaft beschlossen, Obstruktion zu treiben. (Siehe auch in der Beilage.)

Streik der amerikanischen Grubenarbeiter.

)(**Paris.** Nach einer Meldung der „Information" aus Newyork haben die amerikanischen Grubenarbeiter den Streik beschlossen.

Tschitscherin mit Riga als Verhandlungsort einverstanden.

)(**Paris.** Ein Warschauer Havas-Telegramm besagt, daß Tschitscherin in einem Funkspruch an den polnischen Minister des Aeußern der Verlegung der Verhandlungen von Minsk nach Riga zugestimmt habe und daß er eine mit entsprechenden Vollmachten versehene Abordnung zum Abschluß eines Friedens und eines gerechten Waffenstillstandes entsenden wolle.

Der Aufstand in Irland.

)(**Rotterdam.** In der Nacht zum 1. September wurden alle Gebäude der Küstenwachstation Browhead in Cork durch Bomben und Feuer vernichtet.

)(**London.** Polizei und Militär haben gestern abend, um die Erschießung zweier Polizisten von Sinnfeinern zu verhindern, die Stadt Ballagbereen in Brand gesteckt. Beinahe alle Häuser der Hauptstraße wurden vollständig zerstört.

Wiederzusammentritt der Botschafterkonferenz.

)(**London.** Die Botschafterkonferenz tritt am 6. d. M. wieder zusammen.

Große Waldbrände in Rußland.

)(**Helsingfors.** Nach bolschewistischen Blättern nehmen die Waldbrände in Rußland einen katastrophalen Charakter an.

Abbruch der finnisch-russischen Verhandlungen.

* **Helsingfors.** Es besteht die Gefahr, daß die finnisch-russischen Verhandlungen abermals abgebrochen werden. Auch befürchtet man, daß der Waffenstillstand zwischen Finnland und Rußland, der in diesen Tagen abläuft, nicht erneuert werden wird. Die russischen Forderungen, die sich auf die Petschenga-Frage beziehen, werden von den finnischen Unterhändlern als unannehmbar bezeichnet. Diese ablehnende Haltung nimmt auch der finnische Reichstagsausschuß für außenpolitische Angelegenheiten ein. Seit Montag haben keine Sitzungen mehr stattgefunden.

Um Weg und Ziel.

Original-Roman von **Margarete Wolff-Meder.**

59. Fortsetzung.

Sie bewahrte ihre Fassung. Mit einem Blick auf die an ihnen vorübertanzenden Paare . . . sie selbst standen ein wenig abseits vor dem Eingang zu einem kleinen chinesischen Zimmer . . . sagte sie: „So reichen Sie mir, bitte, ihren Arm und lassen Sie uns ein wenig auf- und ab promenieren". Sie meinte den Wintergarten, dessen Grün im Hintergrunde des chinesischen Zimmers sichtbar wurde.

Er willfahrte mit stillschweigenden Verneigen ihrem Wunsche.

Im chinesischen Zimmer und auch im Wintergarten war kein Mensch zu erblicken. In dem grünen Raume standen ein paar weißlackierte, mit Rosenkränzen bemalte, steifbeinige Bänke und diese sowie die aus viereckigen, ebenfalls weißlackierten rosenkranzbemalten Kübeln aufstrebenden Lorbeerbäume mit den kugelförmig verschnittenen Kronen schufen einen Anklang an den Biedermeierstil des Empfangsalons. Letzteren sah man durch die gegenüberliegende weit zurückgeschobene Tür und auch dort war es menschenleer.

„Bitte, Herr Curtius, nun sprechen Sie, sagen Sie mir, was Sie mir durchaus sagen müssen und wollen", bat Inge jetzt, als er noch immer nicht das Wort nahm.

Er ließ ihren Arm wieder fallen, blieb neben dem auf hohen Steinpostament aufgebauten Springbrunnen stehen, der aus dem weitgeöffneten Schnabel eines Idis einen feinen Wasserstrahl aufspringen ließ, und gleichzeitig mit seinen aus dem Bassin aufstrebenden, elektrisches Licht tragenden Schilfpflanzen für die Erhellung des Raumes sorgte.

Und nun sprach seine bebende, erregte Stimme in das leise Plätschern des Wassers und in die gedämpft herüber tönende Tanzmusik hinein. Aus leidenschaftlich bewegter Tiefe kamen die Worte, beschworen vergangene Zeiten herauf, zeigten gewaltiges Ringen menschlichen Wollens, männlichen Ehrgeizes, um äußerer Dinge willen mit feindseligen äußeren Mächten, und.. wie ein Gegenstrom in diesem wilden Meer, eine heiße Liebe, die begraben werden mußte... und darauf die Reue.. hoch sich türmend wie ein Fels... Und der... lebend, lebend und wankend.

Inge hatte sich auf eines der weißen Bänkchen gesetzt, denn die Pose festzuhalten, als handele es sich zwischen diesem Manne und ihr nur um ein leichtes Konversationsgespräch, war ihr nicht lange möglich gewesen. Nun hatte sie die Hände gefaltet und blickte still vor sich nieder. Was sie von der Härte seines Kampfes geahnt, das malten seine Worte jetzt mit deutlichen Bildern. Sie sieht ihn im Burenland. In Pretoria soll nach seinen Plänen [illegible] öffentliche Gebäude erstehen... Schon hat er in der Nähe der alten Burenhauptstadt eine Ziegelei erworben, neu eingerichtet und umgestaltet... er selbst will die Ziegel brennen lassen, alles will er selbst, um möglichst viel Geld zu erwerben, denn seine Zukunft steht bunt in der Heimat. Da bricht der Krieg aus. Man nimmt die ihm gegebenen Aufträge zurück. Mit der mageren Entschädigungssumme geht er nach Amerika und wird Kompagnon eines Ingenieurs. Er jubelt, er triumphiert; denn er erwirbt, er nähert sich mit Riesenschritten seinem Ziele... Dann aber Fehlschläge, Bankerott und Selbstmord des Kompagnons. In ein paar Wochen steht er gänzlich mittellos da... Aus der Heimat schreibt ein geliebtes Mädchen, er soll kommen.. Aber er hat nicht einmal das Geld zur Ueberfahrt...

Um der nackten Not willen, um den gewöhnlichen Hunger zu befriedigen, tut er, der studierte, auf einen langen Bildungsgang zurückblickende Baumeister Handlangerdienste eines gewöhnlichen Bauarbeiters. Das Leben zeigt sich ihm ohne Rang und Stand, eine einzige schrankenlose Weite. Das Gebietendste darin, der Erhaltungstrieb. Da schreibt er dem stolzen Mädchen in der Heimat, wenn du mich liebst, komm. Er hat den Maßstab für europäische Schicklichkeit verloren, er weiß nur, er liebt... Und dann: wenn sie kommt, sie, der ein großes, mütterliches Vermögen unter allen Umständen werden muß, dann hat alle Not und Drangsal der Tage ein Ende... Einst hatte er wahrhaftig nicht darauf gerechnet, aber jetzt,... jetzt... ist es ein Rettungsanker..., Hoffnungsbang erwartet er ihre Antwort... Die fällt verneinend aus... Er soll kommen, er, mit allen seinen gescheiterten Hoffnungen, er, der gar kein Geld zur Ueberfahrt hat... Da schreibt er mit den verarbeiteten Händen, die nur gerade so viel erworben, daß er nicht verhungert, jenen Brief, daß er ein anderer geworden, daß sie nicht mehr zusammen passen...

„Und dann... dann, Frau Inge... Nachdem ich mit einer gebrochenen Rippe im Spital gelegen, nahm sich ein Landsmann meiner an. Restaurierte meinen äußeren Menschen, so daß ich als Bewerber um die Hand einer reichen Amerikanerin auftreten konnte. Und dann... und so heiratete ich nach Geld"... Er schwieg einen Augenblick, die Treibhausluft und seine Erregung erpreßten ihm perlende Schweißtropfen. Die wischte er jetzt mit dem seidenen Taschentuch weg. Und nun wollte er weiter sprechen.

Aber da stand Inge vor ihm und sah ihn mit flehenden Augen an.

„Lassen Sie es genug sein, Hans Hermann", bat sie. „Quälen Sie sich nicht. Die törichten Vorwürfe, die ich Ihnen einst gemacht, sind längst durch Sie, durch Ihre Persönlichkeit überwunden... Ich schrieb es Ihnen schon." Sie streckte ihm die Hand hin.

Er sah das nicht. Ein tiefes Rot stieg ihm wieder ins Gesicht. Seine Lider hoben sich und einer jener brennenden Blicke, die Inge schon so oft erschreckt hatten, streifte ihr Gesicht. „Sagen Sie mir eins... eins... Frau Inge. Haben Sie Ihren Mann aus Liebe geheiratet?"

Inge trat einen Schritt zurück. „Ja." Sie preßte beide Hände gegen das klopfende Herz. „Ich habe ihn aus Liebe geheiratet.. Ich liebe ihn." .. Das klang nicht leidenschaftlich heiß, wohl aber tief innig und feierlich, so, als erneuere sie ihren Schwur.. Sie hatte das nicht bloß zu dem Manne gesagt, sondern auch zu sich selbst... Sie wußte jetzt, daß es zu dem großen, herben Zwiespalt nicht kommen würde, weil sie anderes ahnte... Neue Pflicht.

Lange herrschte Schweigen in dem grünen Raum.

Der Mann stand und starrte zu Boden.

Die Musik im Tanzsaal verstummte. Da erinnerte Inge ihn daran, daß sie nun wohl einander nichts mehr zu sagen hätten. „Wollen Sie die Güte haben, mich in das Nebenzimmer zu führen, Herr Baumeister", bat sie.

„So verzeihen Sie mir", flüsterte er, sah sie mit einem ernsten, fast finsteren Blicke an, senkte aber sogleich wieder wie in Beschämung die Lider. Doch dann reichte er ihr mit einer Verneigung den Arm und führte sie in den Biedermeiersalon hinüber, wo inzwischen ein Büfett aufgestellt worden war, an dem es kühlende Getränke und allerlei Erfrischungen gab, und wo sie bald von anderen Erfrischung und Erholung Suchenden umgeben wurden.

Und Inge begegnete dem Baumeister liebenswürdig und heiter, nicht mit dem kühlen und dennoch ängstlichen Zurückweichen der letzten Wochen.

Da zwang auch er sich in diesen Ton hinein.

12.

Bei Wiedenkamps war Logierbesuch eingetroffen. An der Garderobe auf der Diele hingen ein langer, grauer Militärmantel, ein Kavalleriesäbel und eine blaue Dragonermütze und der, dem diese Sachen gehörten und der die Uniform so lieb gewonnen, daß er sie nach dem einen Pflichtjahr nicht hatte ausziehen mögen, saß mit dem Ehepaar am Kaffeetisch im Wohnzimmer. Eben erhob er sich, um nun Leberecht und Inge den Zweck seines Besuches zu erklären. Die waren aber schon durch einen Brief des Kommerzienrates, in dem der alte Herr seine Kinder bat, dem Jungen, dem Ernst Albrecht, der durchaus nach Südwest wolle, den Kopf zurechtzusetzen, unterrichtet. Das Schreiben hatte geäußert: Es sei wohl eine sehr schöne Sache, da unten in Südwest deutsche Landsleute und deutsches Eigentum zu verteidigen, aber schließlich habe der letzte Hindenberg doch auch noch anderes zu bedenken. Und dieses andere sollten sie nun dem jungen Menschen nochmals vorhalten. — Vorerst ließen sie ihn nun reden.

SLUB
Wir führen Wissen.

Priv. Schützengesellschaft, Riesa.

Wir geben uns hiermit die Ehre, die sich am Festzug beteiligten Ehrenjungfrauen, Vereine und Gönner zu unserm am **Dienstag, den 7. September abends 7 Uhr im Hotel Höpfner** stattfindenden **Jubiläumsball** herzlichst einzuladen. Die Damen werden gebeten, sich einen Herrn mitzubringen.

Beamter sucht f. 1. Oktober bei einfachen Leuten
möbl. Zimmer.
Offerten unter P H 5665 an das Tageblatt Riesa.

Gesucht
1 oder 2 möbl. Zimmer.
Preis Nebensache. Off. unt. Q H 5666 an das Tgbl. Riesa.

Beamter sucht mögl. bald bei einfachen Leuten
möbl. Zimmer.
Offerten unter Z H 5675 an das Tgbl. Riesa erbeten.

Ein möbl. Herrenzimmer
eventl. Schlafstelle gesucht. Offerten unter Y H 5674 an das Tageblatt Riesa.

GELD auch ohne Bürgen sofort auszuleihen durch **C. Wolf, Chemnitz,** Bernsdorferstr. 46. Tel. 8938.

---

2 Freundinnen
blond u. brünett, 23 Jahre alt, suchen die Bekanntschaft zweier Herren (Beamten) zw. **Heirat.** Vollst. schöne Ausstattung u. 15 000 M. vorhanden. Werte Zuschriften unter X H 5673 an das Tageblatt Riesa erbeten.

Junges Mädchen
bis 17 Jahren für den ganz. Tag zur Aufwartung gesucht. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Zuverlässiges Mädchen als
Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht Kaiser-Wilhelm-Platz 3a, 1.

Jüngeres Hausmädchen
für 1. Oktober gesucht bei guter Kost u. Lohn. Letztes war 5 Jahre da. Off. unter W H 5672 an das Tab. Riesa.

Ordentliches, kinderliebes
Mädchen
bei guter Kost und Lohn für sofort gesucht.
Frau Fleischermeister Lamm, Röderau.

Ein gutwill. Knabe
von 11 od. 12 Jahren wird als Aufwartung gesucht. Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

15—17jähr. Knecht
gesucht
Gröba, Streblaer Str. 7.

Wer kann Smyrna-Teppich ausbessern?
Adressen erb. unt. V H 5671 an das Tageblatt Riesa.

Kaufe kl. Mühle oder Haus
an fließendem Wasser, ferner Haus mit Garten u. Feld od. kl. Landgut. Zahle jeden Preis. Gefl. Off. erbeten an **Karl Hanke in Zeithain 61,** Post Röderau i. Sa.

Ein Ziegenböckchen
u. 1 Melkziege zu verkaufen
Meißner Str. 34.

Eine junge
Schimmelstute
in gutem Zustande steht im Deutschen Haus z. Verkauf.

---

3 Legehühner zu verkaufen
Standtfeststr. 11, 1.

Dampfbad Riesa, Mathildenstr. Sonnabend Wannenbäder zu ermäßigten Preisen.

Riesaer Damenhut-Lager
Wettinerstraße 18.
Ab Freitag, den 3. September und folgende Tage
Modellhut-Ausstellung
neuester Modelle in geschmackvoller Verarbeitung aus bestem Material. Große Auswahl in **Velours, Velourettes** und **Filzhüten** zu niedrigsten Preisen.
Interessenten werden zum Besuch ganz ergebenst eingeladen.

Elektro-Motor-Reparaturen
wie Herstellen von Neuwicklungen, neu. Lagern u. allen Ersatzteilen für jedes Fabrikat führen schnellstens mit nur bestem Material aus
Elektrotechn. Werkstätten M. Arnold,
Goethestr. 65, Tel. 318.
Aelteste und leistungsfähigste Motor-Reparatur-Werkstätten Nordsachsens.

Kupfer, Messing, Blei, Eisen
und alle anderen Metalle, Lumpen, Wolle, Gummi, Papier, Felle und alle anderen Rohprodukte kauft laufend zu hohen Preisen
Gröbaer Rohprodukten-Einkaufsstelle Riehler
Kirchstr. 32, Hof. Fernspr. 462.
Hausierer Extrapreis. Hole ab. Karte gen.

Die
Tageblatt-Druckerei
Riesa, Goethestraße 59
fertigt schnellstens alle Arten
Drucksachen für Geschäfts- und Privatbedarf.
Reichhaltiges Papierlager. Eigene Buchbinderei.

Wachsamer Kettenhund
ist zu verkaufen
Gröba, Weststr. 10, p.

---

1 Spiegel, 1 Wanduhr, 2 Stühle zu verkaufen
Gröba, Streblaer Str. 47, 1. r.

Gebr. Sportliegewagen
zu kaufen gesucht.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Neuer Sportliegewagen mit Plane
(450 Mark) zu verkaufen.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

---

1 guten Feldstecher
verkauft Merzdorf Nr. 4.

Fast neue, noch guterhaltene
Singer-Nähmaschine
steht zu verkaufen.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa

---

2 neue bunte Bettbezüge
(Friedensware) mit je zwei Kopfkissen, sowie **ein neuer Mantel,** f. 14—16jähr. Mädchen passend, preiswert zu verk.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

---

1 Paar Herr.-Schnürschuhe, Gr. 39, billig zu verkaufen
Gröba, Elbweg 2, 1.

Guterh. Herrenschnürschuhe (Größe 39) billigst zu verk.
Riesa, Poppitzer Str. 35, 1.

Mehrere Paar Kinderschuhe, Gr. 24—26, **1 □ Tisch, eine Reithose, 1 guter Winterhut** sind zu verkaufen
Am Technikum 2.
Auch werden daselbst Motive aufgespachtelt.

Neuer grauer Pelzhut
für 90 M. zu verkaufen
Merzdorf Nr. 40 d.

Bei Schlaflosigkeit, nervöser Ueberreiztheit durch Berufsarbeit, nervösem Herzklopfen, nervösen Kopfschmerzen, Neurasthenie, Epilepsie, Neurasthenie nehme man **Draesels Brombaldrianelixier,** Flasche 7.50.
Fabrikant und Vertrieb **Apotheker Draesel, Erfurt.**
Zu haben in **Gröba a. E.** in der **Anker-Apotheke.**

Auktion.
Sonnabend, den 4. Sept., nachm. 4 Uhr kommen in meinem Grundstück, **Riesa, Meißner Str. 29,** folgende Gegenstände meistbietend gegen sof. Barzahlung zur Versteigerung:
10 neue Bettstellen,
4 neue Tische,
2 neue Küchentische,
1 neuer Kleiderschrank,
1 Leiter, 2 Malerleitern
u. a. m. **P. Küchler.**

Ia. amerikan.
Schweineschmalz
Pfund 19 Mark,
Aepfel, Birnen
Pflaumen u. Tomaten
eingetroffen.
H. Postrach, Neugröba.

Kirchennachrichten.

14. Trinitatissonntag 1920.

Riesa. Trinitatiskirche: 9 Uhr Predigt (Ps. 92, 2—16), danach Abendmahl mit Einzelkelch (Luthardt). **Klosterkirche:** 8 Uhr Predigt (Luthardt). Nachm. 1/2 5 Uhr Gottesdienst im Krankenhaus (Luthardt). Mittwoch 8 Uhr Abendandacht mit Abendmal in der Klosterkirche (Beck). Wochenamt I Beck, II Luthardt.

Gröba. 8 Uhr stille Abendmahlsfeier P. Pachaly, 9 Uhr Predigt P. Burkhardt, 2 Uhr Jugendgottesdienst P. Pachaly. Wochenamt P. Burkhardt. 5 Uhr nachm. Predigt in der Schule zu Pochra, anschließend Abendmahlsfeier.

Pausitz. Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst in der Pfarrkirche.

Zeithain. 1/2 9 Gottesdienst. Predigt über Jak. 1, 5—8 (Reichel), 10 Kindergottesdienst.

Glaubitz. 8 Uhr Predigtgottesdienst. Feier der 50. Wiederkehr des Tages von Sedan. Kirchenparade der Militärvereine. 2½ Ausflug des Jungfrauenvereins nach Tiefenau. Sammeln an der Pfarre. Dienstag 1/2 8 Uhr Vereinsabend.

Kath. St. Barbara-Kapelle, Mathildenstr. 9. Samstag 5 Uhr Beicht. Sonntag 1/2 7 Uhr Beicht, 1/2 8 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Hochamt mit Predigt und Segen. Abends 8 Uhr Männerverein im Vereinszimmer der Kanzlei. Werktags hl. Messe um 1/2 7 Uhr.

Vereinsnachrichten

Esperanto-Gruppe. Sitzung nicht mehr Freitags, sondern jeden 1. und 3. Dienstag im Monat.

Werkmeister-Bezirksverein Riesa. 4. 9. Versammlung.

Spielvereinigung. Heute Freitag abend 9 Uhr Spielausschußsitzung „Gute Quelle". Wichtige Angelegenheit. Nichterscheinen wird nach Statut bestraft.

Werkmeister-Bezirksverein Gröba. Sonnabend, 4. Sept., abends 7½ Uhr Monatsvers. im Gasth. z. Anker, Gröba.

T. F., Gröba. Spreewaldtour Lübbenau morgen Sonnabend 1,30 Uhr Abfahrt.

Arbeiter und Angestellte!
Freitag, 3. Sept., abends 7 Uhr, im **Hotel Höpfner**
Sonnabend, 4. Sept., abends 7 Uhr, im **Gasthof Gröba**
Große öffentliche
Volksversammlung.
Tagesordnung:
Der Krieg mit Polen und die deutsche Arbeiterschaft.
Referent: Genosse **Heinen,** Berlin, K. P. D. (Spartakusbund).
Die Ortsgruppe Riesa.

Bäckergehilfen-Verein zu Riesa.
Das für Sonntag, den 5. September 1920, angesetzte
Vereins-Vergnügen
(Anfang 4 Uhr) findet bestimmt im Gasthof zu Mergendorf statt und ladet hierzu freundlichst ein
der Vergnügungsausschuß.

Jugend-Verein Neuweida.
Zu dem am Sonnabend, den 4. 9., von abends 5½ Uhr ab in **Mergendorf** stattfindenden
Katerbummel
sind alle Mitglieder, Eltern und Gäste herzlichst willkommen. Der Vorstand.

Gasthof Weida.
Sonntag, den 5. September, von 5 Uhr an
öffentliche Ballmusik.
Ergebenst ladet ein Carl Seydewitz.

Waldschlößchen Röderau.
Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr **Gastspiel** der Dresdner Zentralbühne: **„Der verlorene Sohn",** Detektivkomödie in 5 Akten. Vorverkauf im Theaterlokal. Alles näh. siehe Plakate. Um güt. Besuch bittet **die Direktion.**

Reichshof Zeithain.
Sonntag, den 5. September, von 4 Uhr an
große öffentliche Ballmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein Oskar Gäbler.

Gasthof Wülknitz.
Sonntag, den 5. d. M.
Damen-Kränzchen, Anfang 4 Uhr.
Bei günstiger Witterung findet **Vogelschießen** statt. Tanzlustige Herren laden freundlichst ein
die Damen von Wülknitz u. Umg.
ff. Kaffee und Kuchen. Friedrich Eckert.

Unsere
Eigelb-Margarine
bräunt, schmeckt und duftet beim Braten genau wie feinste Butter und spritzt nicht. Man achte aber auf die Umhüllung, dass sie bezeichnet ist mit
Mohr & Co. G. m. b. H., **Altona-Ottensen**

Die schönsten
Maß-Korsetts
und saubersten
Reparaturen
führt aus die
Riesaer Korsettnäherei
H. Mühle,
Goethestr. 84.
Vorzügliche Paßform.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief sanft und ruhig mein inniggeliebter, treusorgender Gatte, mein lieber, guter Vater, der
Schmiedemeister
Paul Teichert
was hierdurch schmerzerfüllt anzeigen
Jakobsthal, 3. Sept. 1920
die tiefbetrübte Gattin nebst Tochter.
Die Beerdigung erfolgt Montag mittag 1 Uhr.

Wasserdichte
Regendecken,
Regendeckenschmiere
empfiehlt
Max Mros,
Sattlermeister.

Damen- und Herren-
Hüte in Filz, Velour usw. werden nach neuesten Formen
direkt in der Fabrik
umgepreßt, gereinigt und gefärbt. — Erstklassige Ausführung. — Billigste Preise.
Stroh- u. Filz-Hutfabrik
Pflugk & Kaiser,
Wettinerstr. 21.

Runkelrüben,
Heu, Stroh und Oelsaaten, sowie Kartoffeln kauft
H. M. Trepte,
Arnsdorf, Sa. Telefon 24.

Wein- Weintrauben trauben
zum Pressen kauft jeden Posten
Weinkelterei Lichtensee.

Königstafel-Birnen,
10 Pfund 6 M.,
Jungfer-Aepfel, 10 Pfund 4.50 M.,
verkauft
Oskar Messe,
Obermühle.

Lebende Karpfen lebende Schleien
empfiehlt morgen Sonnabend nachmittag
Clemens Bürger.

Gasthof Zahnishausen
Sonntag, d. 5. Sept., ladet zum
Jugendball
von 4 Uhr an ergebenst ein
Reinhold Heinze.

Gasthof Stösitz.
Sonntag, 5. Septbr., ladet zur
öffentl. Ballmusik
(Anfang 6 Uhr)
freundlichst ein J. Roscher.

Gasthof Lichtensee.
Sonntag, 5. Septbr., laden zur
öffentl. Ballmusik
ergebenst ein E. Wittig.

Gasthof Zahra.
Sonntag, 5. Septbr., ladet zur
Ballmusik
freundl. ein M. Thalheim.

Gasthof Leutewitz.
Sonnabend, 4. Sept., ladet z.
Ballmusik
freundlichst ein P. Gräfe.

Kaninchen-Zucht-Verein
Gröba u. Umgegend.
Sonntag, den 5. Sept., von nachmittag 1 Uhr ab großes
Kaninchen-Auskegeln
im Hansa-Hotel Gröba.
Alle Kegellustigen werden hierzu herzlichst eingeladen.
Der Gesamtvorstand.

Für die vielen Beweise der Liebe und Ehrung beim unerwarteten Hinscheiden meines lieben Gatten, unseres guten Vaters
Hermann Rühle
sprechen wir allen hierdurch unsern herzlichsten Dank aus.
Gröba, den 2. Septbr. 1920.
Wilhelmine Rühle und Kinder.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied am 2. 9., 2 Uhr nachmittag, nach langem schweren Leiden unser kleiner guter Liebling, Bruder, Neffe und Enkel
Fritz
im zarten Alter v. 3 Monaten.
In tiefster Trauer
Familie Obenaus und Angehörige.
Gröba, Rosenstraße 7, den 3. 9. 1920.
Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 1/4 4 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

№ 205. Freitag, 3. September 1920, abends. 73. Jahrg.

Um Oberschlesien.

Der auswärtige Ausschuß des Reichstags hat in seiner letzten Sitzung den sehr verständigen Beschluß gefaßt, sich bei nächster Gelegenheit einmal mit dem oberschlesischen Problem zu beschäftigen. Das ist eine unbedingte Notwendigkeit; denn in Oberschlesien geht es uns vorläufig wie mit allen Fragen, die sich parteipolitisch nicht ausmünzen lassen, daß sehr viele große Worte darüber gemacht werden, daß aber niemand weiß, wie die Schwierigkeiten der nächsten Zukunft bewältigt werden sollen. Begreiflich genug, daß die Oberschlesier sich da halbwegs verraten und verkauft vorkommen, daß ein Gefühl der Verlassenheit in ihnen groß wird, worunter nicht ihr Bekenntnis zum Deutschtum, wohl aber die innere Entschlossenheit im Kampfe um ihre Nationalität zu leiden droht. Die Polen wissen sich diese Unsicherheit zu nutze zu machen. Ihr Vorsichtum beschränkt sich in seiner positiven Auswirkung ja überhaupt fast ausschließlich auf den politischen Plan, und so ist an sich schon die bedauerliche Erscheinung festzustellen, daß die polnische Agitation für die Abstimmung geschlossener und einheitlicher dasteht als die deutsche. Die Zwischenfälle von Breslau und Kattowitz haben das Ihre dazu beigetragen, dieses Mißverhältnis zu ungunsten Deutschlands noch weiter zu erhöhen. Die preußische Regierung hat im Ausschuß zugegeben, daß ihre Verwaltung in jenen kritischen Tagen vollkommen versagt hat, sie hat damit den größten Teil der Verantwortung für die Folgen, unter denen die Oberschlesier zu leiden haben, auf sich genommen, und wird hoffentlich für die Zukunft Vorsorge treffen, daß sich ähnliche Katastrophen nicht wiederholen können.

Für den Augenblick aber und für die Abstimmung ist uns mit diesen Zugeständnissen nicht gedient. Wir müssen endlich einmal Klarheit darüber gewinnen, was wir in Oberschlesien eigentlich wollen. Die Polen sind mit ihren Zusagen nicht engherzig. Sie versprechen das Blaue vom Himmel herunter, von dem Paradies auf Erden, das sie der Wojwotschaft Oberschlesien schaffen wollen, sobald die Abstimmung für sie ausfällt; das ist ein gefährliches Gift, gegen das wir ankämpfen müssen. Ein bescheidener Anfang ist bereits gemacht, als Oberschlesien von Schlesien abgetrennt und zu einer eigenen Provinz unter einem besonderen Oberpräsidenten gemacht wurde. Aber eben nur der eine Anfang. Denn die jahrzehntelange Verhetzung gegen alles, was preußisch ist, hat ihre bitteren Früchte gezeitigt. Das „Los von Preußen“ ist ein Schlagwort geworden, mit dem die Polen zu arbeiten verstehen. Preußen wird also wohl in den sauren Apfel beißen und Oberschlesien aus seinem Staatsverband entlassen müssen, das dadurch als besonderer Bundesstaat sich direkt dem Reiche angliedern würde.

Möglich, daß sich auch noch andere Formen finden, oder entwickeln ließen. Nur muß man einmal damit beginnen, sich selbst klar zu machen, wie das Problem angefaßt werden soll, um gegenüber den polnischen Versprechungen in Oberschlesien ein deutliches Bild zu geben von dem, was sie zu erwarten haben, wenn sie bei Preußen bleiben.

Das wäre das Eine. Ebenso wichtig aber sind andere mehr wirtschaftliche Vorsorgen. Denn es ist nun einmal nicht anders, die Abstimmung in Oberschlesien wird ebenso wie in Schleswig und Ostpreußen von sehr handgreiflichen wirtschaftlichen Erwägungen diktiert. So reinlich ist die Scheidung der Nationalitäten nicht, daß sich daneben nicht noch ein Querschnitt ziehen ließe, dessen Linien scharf von Butter, Speck und ähnlichen guten Dingen bestimmt würde. Auch des Lebens Nahrung und Notdurft will beschafft sein, und wer da das bessere bieten kann, wird in dem Wettrennen um die Stimmen kein schlechtes Geschäft machen. Also fort mit allem kleinlichen Bürokratismus und beamtenmäßiger Engherzigkeit, die jeden Staatsbürger nach demselben Maße messen will. Zeigt Deutschland in diesen schweren Wochen nicht allein durch Worte, sondern auch durch die Tat, daß es der Oberschlesier in ihren Sorgen gedenkt, dann dürfen wir auch darauf uns verlassen, daß die Oberschlesier Treue um Treue vergelten und mit dem Stimmzettel uns danken werden. Allerdings nur dann, wenn die Reichsregierung endlich den Mut findet zu verlangen, daß der Oberschlesier mit gleichem Maße gemessen wird, daß die Franzosen nicht als freiwillige Wahlhelfer der Polen auftreten und alles, was sich zum Deutschtum bekennt, durch rücksichtslosen Terror niederhalten. Viel ist schon versäumt worden, nicht zuletzt durch die Art, wie wir den aufgeblasenen Herrn Korfanty in seiner lächerlichen Wichtigtuerei selbst haben groß machen helfen. Aber noch ist es keineswegs zu spät. Wir haben das Recht und wohl auch die moralische Macht, um zu verlangen, daß den Oberschlesiern die Freiheit der Ueberzeugung gewährt wird, sonst macht man auch diese neue Auflage des Selbstbestimmungsrecht zu einer Farce, deren Ergebnis das deutsche Volk niemals anerkennen wird.

Deutsche Antwort auf russische Noten.

In Berlin sind zwei russische Noten eingegangen, auf die von der deutschen Regierung zunächst nur eine vorläufige Antwort erteilt worden ist, in der der Moskauer Regierung mitgeteilt wird, daß die von ihr zur Sprache gebrachten Angelegenheiten Gegenstand von Erwägungen der deutschen zuständigen Stellen sind. Das bezieht sich in erster Linie auf die von Tschitscherin beanstandete Einmischung der Interalliierten Kontrollkommission bei der Entwaffnung der übergetretenen bolschewistischen Truppen. Es wird noch zu untersuchen sein, ob der Interalliierten Kontrollkommission ein Recht der Kontrolle über den Verbleib und die Aufbewahrung der Waffen zusteht. Man hält es im Auswärtigen Amt in Berlin für das gegebene, die Mitteilungen an den Obersten Rat nach Paris weiter zu leiten und nach dessen Stellungnahme erst die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Was den in der zweiten Note erwähnten Neutralitätsbruch durch polnische Truppen betrifft, so ist dagegen in Warschau schon vor Eintreffen der russischen Anfrage Protest erhoben worden, die ganze Angelegenheit somit von uns bereits anhängig gemacht worden. Die polnische Neutralitätsverletzung soll darin bestehen, daß polnische Truppen an vier Stellen auf deutsches Gebiet übergetreten seien und dort russische entwaffnet hätten.

Generalstreik in Frankfurt abgelehnt.

Die Vorkommnisse in der Bethmannstraße in Frankfurt haben noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Es ist eine Frau namens Nouß gestorben, die auf dem Liebfrauenberg von einer Kugel getroffen wurde. Sie befand sich mit ihrer Tochter auf einem Spaziergang. Damit ist die Zahl der Toten auf 5 gestiegen. Bisher wurden 8 Rädelsführer bei den Vorgängen verhaftet. Der als Protest gegen die Vorgänge beschlossene Generalstreik ist abgelehnt worden; in verschiedenen Betrieben wurde passive Resistenz ausgeübt. — Gestern nachmittag wurde die Arbeit wieder vollständig aufgenommen.

Der Plan einer Zwangsanleihe.

Das Kapital gegen die Zwangsanleihe.

tu. Berlin, 2. September.

In der letzten Zeit war wiederholt davon die Rede, daß das Reich auf den Gedanken einer Zwangsanleihe angesichts der wachsenden Höhe der schwebenden Schuld nicht werde verzichten können. Nach Informationen des Berliner Tageblattes scheint insbesondere die Reichsbank auf die Durchführung einer solchen Zwangsanleihe hinzudrängen. Im Reichsfinanzministerium wird gegenwärtig ein Projekt ausgearbeitet, das den Gedanken einer Zwangsanleihe allerdings in einer neuartigen Form und in Verbindung mit besonderen Formalitäten, die der Zwangsanleihe einen Teil ihrer Härten nehmen sollen, zur Ausgestaltung bringen soll. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß das Reichsfinanzministerium bereits in kurzer Zeit mit dem Projekt an die Oeffentlichkeit treten wird, in der es allerdings angesichts der starken Belastung des Kapitals mit anderen Abgaben und der bereits ohnedies herrschenden starken Kapitalnot auf heftigen Widerstand stoßen wird.

Besprechungen der Finanzminister.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus **Darmstadt** von unterrichteter Seite erfährt, finden heute in Darmstadt **Besprechungen** der **Finanzminister** der Einzelstaaten statt, an denen auch der Reichsminister Wirth teilnimmt. Gegenstand der Beratungen sind vor allem die **Besoldungsfragen.** Vom sächsischen Finanzministerium sind die Geheimräte Sieck und Lorey delegiert worden. Der Finanzminister Dr. Reinhold ist noch beurlaubt und es ist daher zweifelhaft, ob auch er an der Konferenz in Darmstadt teilnehmen wird.

Der Streit wegen des Steuerabzuges.

Wie der „Berl. L.-A.“ meldet, hat die Stadtgemeinde Frankfurt beschlossen, den städtischen Arbeitern einen zehnprozentigen Lohnzuschlag zu gewähren, will also, wie das Blatt bemerkt, den Steuerabzug bei den städischen Arbeitern selbst tragen. Der preußische Minister des Innern Severing hat nunmehr zugleich im Namen des preußischen Finanzministers an die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten einen Erlaß gerichtet, sie möchten die Gemeinden darauf hinweisen, zu welchen Folgen die Uebernahme des Steuerabzugs führen würden. Nach der Reichsgesetzgebung sei die Uebernahme des Steuerabzugs außerdem unzulässig, weil sie eine Einkommenserhöhung der Arbeiter darstelle, die wiederum steuerpflichtig sei.

Der Reichspräsident über die Steuergesetze.

Der Reichspräsident erklärte einer Abordnung der Vereinigten Gewerkschaften von Freudenstadt, es würden augenblicklich Erwägungen angestellt, wonach jeder nach seinem vorjährigen Einkommen zur Einkommensteuer herangezogen werden soll. Die Reichsregierung beschäftige sich mit einer schnellen Durchführung der Steuergesetze, die die Kapitalisten betreffen.

Entdeckung einer Flugzeugstation.

Aus Belgard wird gemeldet: Infolge Differenzen mit **ihrem Arbeitgeber, dem Gutsbesitzer Kleist, meldeten zwei ehemalige Baltikumsoldaten, daß sie Waffen und Flugzeuge versteckt aufgefunden haben. Die angestellten Ermittlungen ergaben, wie die „Köslitzer Zeitung“ berichtet, daß in einer Feldscheune in Garuckow eine vollständige Flugzeugstaffel aus fünf Flugzeugen mit den nötigen Motoren und Apparaten für Fliegerphotographien verborgen ist. An einer anderen Stelle sollen unter einem Flurboden Maschinengewehrteile gefunden worden sein. Wie diese Gegenstände dorthin gelangt sind, soll erst in einer späteren Untersuchung festgestellt werden.**

Pünktliche deutsche Kohlenlieferungen.

Die Havasagentur meldet, daß die deutschen Kohlensendungen aus dem Ruhrrevier regelmäßig in **befriedigender Menge** eintreffen. Ein Kohlenmangel in Frankreich bestehe daher zurzeit nicht mehr. Im Falle eines englischen Grubenarbeiterausstandes sei infolgedessen kein Grund zur Besorgnis mehr vorhanden, da Frankreich nicht auf die britischen Kohlen angewiesen sei.

Verhandlungen über Frankreichs Sühneforderungen.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erfährt: Die Verhandlungen mit Frankreich über dessen Sühneforderungen gehen noch weiter. Sie werden nicht nur in Berlin mit Laurent, sondern auch in Paris mit Dr. Mayer, geführt. An amtlicher Stelle rechnet man damit, daß sie sich noch längere Zeit hinziehen werden.

Gestern vormittag trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um sich nochmals mit dem Ergebnis der vorgestrigen Verhandlungen des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und in diesem Zusammenhange besonders auch mit der Note Laurents über die Vorfälle in Breslau zu beschäftigen.

Entdeckung weiterer Meuchelmorde.

In Przelaika, hart an der Grenze, wurden jetzt, wie aus Kattowitz gemeldet wird, die Leichen von acht Personen ausgegraben, die am 20. August erschossen in die Brinitza geworfen und dann auf dem Cholerafriedhof in Przelaika beigesetzt worden waren. — In Bainzow ist jetzt ein Grab mit sechs Leichen festgestellt worden, die anscheinend, wie die Opfer von Josephsthal, ermordet worden sind. Unter den Opfern von Josephsthal befinden sich ein Elsässer und vier Tschechoslowaken.

Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Aus Görlitz wird gemeldet: Vorgestern abend fand im großen Saal der Stadthalle unter Beteiligung der bürgerlichen Parteien eine **Massenprotestversammlung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens** statt, die von der Oberlausitzer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland und dem Verein heimattreuer Oberschlesier einberufen war. Am Schluß der von etwa 200 Personen besuchten Versammlung gelangte folgende Entschließung unter lebhaftem Beifall einstimmig zur Annahme: Die Einwohnerschaft von Görlitz protestiert in einer Massenkundgebung am Mittwoch, den 1. September, gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens. Da die **französische Besatzung** in Oberschlesien nicht gewillt oder außer stande ist, die im Friedensvertrag zugesagte Gerechtigkeit und Unparteilichkeit zu üben, so fordert sie ihre **Ablösung.** Sie verwahrt sich feierlichst gegen den polnischen Terror und gegen die Begünstigung der Polen durch die Franzosen und verlangt, daß die interalliierte Kommission das Land schützt, die Ordnung aufrecht erhält und die Bewohner vor Schaden an Leben und Eigentum bewahrt.

Russische Niederlage vor Lemberg.

tu. Berlin, 3. September.

Zu der Schlacht gegen Budjennis Truppen erfährt das „Berliner Tageblatt“ aus Basel: **Nach einer Krakauer Meldung haben die Russen vor Lemberg nach dreitägiger Schlacht eine schwere Niederlage erlitten. Sie weichen in Richtung Brody zurück. Die Polen besetzten einen großen Teil der Bahnlinie Lemberg—Brody. Infolge dieser Niederlage kam auch die Südfront bis zu den Karpathen ins Wanken; auch hier weichen die Russen langsam nach Osten zurück.**

Ueber die Kämpfe der polnischen Armee gegen die **Reiterarmee Budjennys,** deren Vernichtung der polnische Heeresbericht vom 1. September bereits bekannt gibt, wird noch gemeldet: Auf der polnischen Südfront sind eine Reihe von Operationen im Gange, durch die der bolschewistische Kavallerieführer Budjenny eingeschlossen werden soll. Budjennys Kavallerie zählt zurzeit 4 Divisionen von je 10- bis 12 000 Mann. Er verfügt über zahlreiche Maschinengewehre und hat das 12. bolschewistische Heer hinter sich. Zurzeit rückt Budjenny in der Richtung auf Lublin vor und belagert Samocz. Der Ort wird von einem polnischen Infanterieregiment verteidigt. 2 polnische Kolonnen sollen Budjenny vom Norden her einkreisen. Eine polnische Division, die vom Süden her angriff, hat den schweren Trains Budjennys erobert.

Von der Front **des Generals Wrangel** liegen widersprechende Nachrichten vor, die es noch nicht gestatten, ein Urteil über die dortige militärische Lage abzugeben. Nach Meldung der „Information“ aus Warschau finden augenblicklich Verhandlungen zwischen Abgesandten des Generals Wrangel und Polen in Warschau statt über ein gemeinsames Vorgehen der polnischen Truppen und der des Generals Wrangel.

*

Vor einem Waffenstillstand im Osten?

Aus Warschau wird telegraphiert: Der polnische Außenminister erklärte Pressevertretern: Man rechnet mit einem Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen für die nächste Woche.

Eine Note Litauens.

Aus **Kowno** wird gemeldet: Eine Note des Ministers des Auswärtigen weist auf die zwischen Litauen und Polen geführten Verhandlungen zur Festlegung einer Demarkationslinie hin und hebt hervor, daß die Polen, ohne diese Verhandlungen zu Ende zu führen, litauische Abteilungen angegriffen hätten. Die Tatsachen beweisen, so heißt es in der Note zum Schluß, klar genug, daß die polnische Regierung litauisches Gebiet mit militärischer Macht besetzt hat, nachdem sie eine freundliche und friedliche Absicht vorgetäuscht hatte. Angesichts dieser Tatsachen bleibt Litauen nur übrig, sich mit **allen möglichen Mitteln zu verteidigen** und einem neuen polnischen Einfall zu verhindern. Ein Blutvergießen kann nur in dem Falle vermieden werden, daß die Polen sich zurückziehen und die Festlegung einer vorläufigen Demarkationslinie abwarten, die im Einvernehmen mit der litauischen Regierung bestimmt wird.

Der polnische Finanzminister in Paris.

Wie „Petit Parisien“ von dem gestern in Paris eingetroffenen polnischen Finanzminister **Grabski** erfahren hat, will dieser ein **Handelsübereinkommen** mit **Frankreich** abschließen und außerdem eine Konvention zur Liquidierung der Vorschüsse, die Polen zum Ankauf von Kriegsmaterial gegeben wurden. Polen wünsche sehnsüchtig den Frieden, aber einen ehrenhaften Frieden, der das Land gegen jeden möglichen Angriff sichere. Polen wolle aus seinem Siege keinen anderen Nutzen ziehen als den, seine Zukunft zu sichern.

Der amerikanische Staatssekretär **Colby** erklärt, daß die Vereinigten Staaten die **Antwortnote** der **polnischen Regierung** als vollkommen befriedigend betrachteten.

Wie das „Echo de Paris“ aus Warschau meldet, haben in Warschau und 20 anderen Städten Polens auf Veranlassung des nationalen Hauptbundes Versammlungen stattgefunden, in denen die **Trennung der Zivilgewalt von der Militärgewalt** verlangt wurde. Diese Bewegung gewinnt an Boden, und zwar wegen der Einmischung des Marschalls Pilsudski in die äußere und innere Politik Polens.

*

Nach einer Havasmeldung aus **Rom** wird der Sowjet-Delegierte Worowsky wegen Krankheit nicht nach Italien kommen. Die Sowjet-Regierung habe anstatt seiner das Agrément für **Litwinow** erbeten, Graf Sforza habe es aber abgelehnt.

Die bolschewistische Bewegung in Italien.

In den letzten Tagen wurde in Bologna zwischen den extremistischen Gruppen ein Abkommen geschlossen für eine gemeinsame Aktion zugunsten der Durchführung des Programms Sowjetrußlands in Italien. Im Notfalle würde das italienische Proletariat sogar zu den äußersten Mitteln seine Zuflucht nehmen. Die Vertreter der Sozialistischen Partei und des anarchistischen Bundes der Seeleute und Hafenarbeiter nahmen an der betreffenden Sitzung teil, die eine Einheitsfront herstellte.

Nach einer Meldung aus Rom haben die Metallarbeiter von **Turin,** die vorgestern zur Arbeit erschienen waren und die Betriebe geschlossen fanden, sich ihrer bemächtigt.

Aus Mailand wird gemeldet: Die technischen Leiter sind wieder in die Betriebe zurückgekehrt, und die Arbeiter haben die Arbeit ebenfalls aufgenommen. Die Industriellen haben sich zu **Verhandlungen** bereit erklärt, falls die Arbeiter die Werkstätten wieder freigeben und die normalen Zustände wiederhergestellt werden.

Die Streikbewegung in England.

Auf der Konferenz der Delegierten der englischen Bergleute wurde gestern vormittag auf Antrag des Vollzugsausschusses beschlossen, die **Streikerklärung** in allen Distrikten in der Weise abzugeben, daß die Arbeitseinstellung bis 25. September allgemein durchgeführt ist.

Die Zeitungsverleger in Manchester und Liverpool drohen die allgemeine Aussperrung an, falls die Setzer bis Freitag die Arbeit nicht wieder aufnehmen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Volkswirtschaftliche Wochenübersicht.

Der neueste Reichsbankausweis zeigt wieder eine verhältnismäßig starke Zunahme des Notenumlaufs. Mit Einschluß der Darlehnskassenscheine, die währungstechnisch völlig ungedecktes Papiergeld sind, hat der Notenumlauf annähernd siebzig Milliarden Mark erreicht. Der Reichsbankausweis läßt nicht erkennen, wieviel Papiergeld der Zentralnotenbank für Rechnung des Reiches entzogen wird. Die Reichsbank macht eben in ihrem Ausweis keinen Unterschied zwischen Schatzwechsel und Warenwechsel. Nun ist sicher, daß mit der Steigerung unseres Außenhandels auch wieder erhebliche Posten Warenwechsel zur Reichsbank strömen. Aber der gewaltige Geldzeichenbedarf ist dadurch nicht erklärt. Das Reich ist der große Kostgänger der Reichsbank, denn allein für Gehälter der Beamten wird Monat für Monat fast eine Papiermilliarde gebraucht. Kein Mensch in den Zentralbehörden weiß, wie groß eigentlich der Beamtenkörper ist, zumal nach der Novemberumwälzung eine ganze Reihe neuer Beamtenposten geschaffen worden ist, die zum Teil nicht einmal im Reichshaushalt ausgewiesen werden. Das unbeschränkte Notenausgaberecht der Reichsbank ist eine wirtschaftliche und finanzielle Gefahr. In dieser Woche ist vielfach der Vorschlag des schwedischen Nationalökonomen Gustav Cassel erörtert worden, ein neues Verhältnis der Wechselkurse zu schaffen. Cassel weist besonders auf den hohen Betrag des deutschen Papiergeldes im Auslande hin. Aber die Schaffung eines neuen Verhältnisses der Wechselkurse setzt in Deutschland zunächst eine neue Bank- und Münzgesetzgebung voraus. Gewiß handelt das Reich in einer Zwangslage. Indessen muß es aus dieser Zwangslage einen Ausweg geben, wenn der Wert des Geldes nicht noch mehr sinken soll. Der Plan einer Zwangsanleihe taucht daher immer wieder von neuem auf. Sie soll dem Reiche Mittel schaffen, um den großen Ausgabebedarf zu decken, sowie die schwebenden Schulden abzubürden. Ob das Ergebnis der Zwangsanleihe so hoch sein wird, wie Sachverständige behaupten, ist zum mindesten strittig. Es wird dabei auf die gewaltigen Depositenbestände der Banken hingewiesen, die schon eine sichere Grundlage des Erfolges böten. Daß diese Depositenbestände zum großen Teil Betriebsmittel und keine Rücklagen sind, wird übersehen. Bleibt der Ertrag der Zwangsanleihe hinter den Erwartungen zurück, so wird das Reich wieder seine Zuflucht zur Notenpresse nehmen müssen. Dabei ist noch nicht erörtert, ob der Verband gegen eine Zwangsanleihe Einspruch erheben wird. Das Reich muß vor allem sparsamer wirtschaften, den überflüssigen Beamtenkörper zum Einschrumpfen bringen.

Um so bedauerlicher ist es, daß angesichts der Zwangslage des Reiches irregeleitete Massen den Kampf um den Steuerabzug aufgenommen haben. In Württemberg ist es deshalb zum Generalstreik gekommen, bei dem indessen auch politische Triebkräfte mitwirkten. Daß ein Preisabbau angesichts dieser mutwilligen Lahmlegung der Erzeugung unmöglich ist, das sollten auch die radikalen Elemente einsehen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch, die zum 1. Oktober bevorsteht, wirft heute schon ihre Schatten voraus. Wir haben zweifellos zunächst mit einem starken Anziehen der Fleischpreise zu rechnen. Das wird eine Verbitterung bei den Massen auslösen, die immer zu wenig beachten, daß es nicht Wucher allein ist, der die Preise höher treibt, sondern die Geldentwertung. Alles greift, wie die Glieder einer Kette, ineinander. Der Rückgang der Erzeugung und der Arbeitsleistung, die Vermehrung des Papiergeldumlaufs als Folge des Fehlens reichseigener Einnahmen, Streiks und Kohlenmangel. Gewiß ist den Massen mit dieser Erkenntnis zunächst nicht geholfen. Wenn die Fleischpreise unerschwinglich hoch werden, ist es zu spät. Die Gemeinden müssen rechtzeitig von sich aus Vorsorge treffen, um das auf Grund der Kundenliste verabfolgte Fleisch zu erträglichen Preisen abgeben zu können. Es handelt sich um eine Uebergangszeit, denn eine Auffüllung unserer Viehstapel steht zu erwarten, sobald das Reich für die Heranführung von wohlfeilen Düngemitteln sorgt. Zwar ist die Maiseinfuhr freigegeben, aber der Maispreis steht noch immer über dem Brotgetreidepreis. Damit ist die Gefahr der Verfütterung von Brotgetreide nicht beseitigt. Die landwirtschaftlichen Berufsverbände haben an die deutschen Landwirte den Aufruf gerichtet, für die Schaffung der verlangten Brotgetreidereserve von zwei Millionen Tonnen alle Hebel in Bewegung zu setzen. Von dieser Bereitstellung ist ja die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Vieh und Fleisch abhängig. Um zu vermeiden, daß die Viehpreiserhöhung über das durch die Verhältnisse gerechtfertigte Maß hinausgeht, sollte das Reich von sich aus für eine bestimmte Zeit jeden freien Viehhandel verbieten, oder ihn nur durch Vermittlung der Berufsorganisation zulassen. Dadurch wird einmal erreicht, daß die Viehstapel tatsächlich aufgefüllt werden, sodann, daß nicht zu spekulativen Zwecken Vieh verschoben wird. Das schlachtreife Vieh selbst wird ja zu freien Marktpreisen von den Gemeinden und Organisationen angekauft, so daß die Viehzüchter für ihre Mühe und Arbeit auch den Verdienst erhalten. Der Einwand, daß es sich um eine neue Form der Zwangswirtschaft handelte, greift nicht durch. Es soll nur die unzulässige Verschiebung von Vieh, die Massenschlachtung unter Ausnutzung der hohen Fleischpreise, verhindert werden, eine Gefahr, auf die auch der bayrische Bauernführer Dr. Heim hingewiesen hat.

In Leipzig ist die allgemeine Herbstmustermesse eröffnet worden. So reichlich sie auch ausgestattet ist, so leidet sie doch unter der Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Europas.

Die zunehmende Unsicherheit.

Der tägliche Dresdner Polizeipressebericht meldet von der zunehmenden Unsicherheit und dem immer dreisteren Vorgehen der Diebe, Einbrecher und Plünderer. Es vergeht fast kein Rapport, ohne daß die Polizeiwachen von Vergehen und Verbrechen, hauptsächlich zur Nachtzeit, zu berichten hätten. Dem Telunion-Sachsendienst geht von gut unterrichteter Seite folgende Mitteilung zu:

„Das Anwachsen der Kriminalität in Dresden ist nicht etwa auf ein Nachlassen der polizeilichen Ueberwachung zurückzuführen. Die Verwilderung aller Sitten und Moralbegriffe tritt in den letzten Wochen so stark in die Erscheinung, daß die zur Verfügung stehenden Kräfte kaum mehr ausreichen, um hierin Wandel zu schaffen. Für die kältere Jahreszeit mit ihrer längeren Dunkelheit eröffnen sich also nicht gerade die erfreulichsten Aussichten. Dresden, das bis vor kurzem unter allen deutschen Großstädten als die Metropole mit der geringsten Kriminalitätsziffer bekannt war, steht jetzt leider hinter den anderen Hauptstädten Deutschlands nicht zurück. Man kann vielleicht sogar sagen, daß die Nähe Berlins in dieser Hinsicht für Dresden schädlich gewesen ist. Denn das hier gestohlene Diebesgut kann auf schnellem Wege und in kürzester Frist in den Berliner Hehlernestern zu Gelde gemacht werden. Der Eingeweihte weiß, daß solche Diebesbeute mit einer erstaunlichen Schnelligkeit von Dresden weggebracht wird, so daß sich die Spuren in Dresden selbst sehr schnell verwischen. Man kann schon davon sprechen, daß in Dresden, genau wie früher nur in Berlin, gewisse Spezialisten in Diebstählen und Einbrüchen arbeiten. Erwähnt seien die sogenannten Beischlafsdiebinnen, die wohl besser Betrunkenenfledderinnen heißen müßten. Der Große Garten und seine nächste Umgebung und der Schanzenpart sind ihr Operationsgebiet. Hauptsächlich seien zugereiste Fremde vor diesen ganz raffinierten Diebinnen gewarnt, die ja bekanntlich schon mit Betäubungsmitteln arbeiten. Ueberhaupt scheint es die Gilde der Taschendiebe und Fledderdiebe auf die auf den Bahnhöfen Ankommenden abgesehen zu haben. Auf den Bahnhöfen arbeiten die Verbrecher niemals allein; es sind ihrer gewöhnlich 2 oder 3 und noch mehr. Jedem Fremden wird es auffallen, daß er sich neuerdings hinter der Bahnsteigsperre durch ein ganzes Spalier von sich herandrängenden Leuten (Männer und Frauen) zwängen muß, so daß er nur mit Mühe freien Raum gewinnt. Diese Leute geben sich den Anschein, als ob sie Bekannte erwarteten, verfolgen aber den Trick, durch enge Berührung mit ihren Opfern die Gelegenheit zu finden, in die Taschen oder das Reisegepäck zu greifen. Der durch das Gepäck in der Bewegungsfreiheit seiner Hände gewöhnlich sehr beschränkte Ankommende merkt erst hinterher, daß er durch eine Spießrutengasse von Taschendieben gelaufen ist. Inzwischen ist der Dieb natürlich längst verschwunden. Die Zahl der Taschendiebstähle auf den Dresdner Bahnhöfen ist erstaunlich angewachsen. Die Einbrecher in Dresden sind zumeist bewaffnet, so daß die Sicherheitsbeamten einen schweren Stand haben und nur eine größere Anzahl von Beamten einen Erfolg im Kampf mit den Einbrechern verbürgt.

Reiche Arbeit hat in den letzten Monaten auch die Dresdner Sittenpolizei bekommen. Jedermann kann sich bei einem Gang durch den Straßenzug Hauptbahnhof—Altmarkt in nächtlicher und Abendstunde davon überzeugen. Ungenert werden Männer von Frauenspersonen angesprochen und zum Mitgehen aufgefordert, Vorgänge, wie man sie in Dresden bis vor wenigen Jahren nie kannte und die typisch wohl nur für Berlin, München, Frankfurt und die Hafenstädte waren. Ganz gleiche Vorgänge werden auch aus Leipzig und bereits auch aus Chemnitz gemeldet."

Vermischtes.

Die Rinderpest in Belgien ist im Abnehmen. In Ostflandern darf das Vieh wieder auf die Weide getrieben werden.

Mord und Selbstmord. Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" meldet aus Goldap: Als am Mittwoch mittag ein Beamter der Sicherheitspolizei drei in Budeningken verhaftete Arbeiter ins Gefängnis einlieferte, und der Gefangenenaufseher ihnen die Waffen abnehmen wollte, schoß einer den Aufseher in den Kopf, so daß er auf der Stelle tot war. Hierauf jagten sich zwei der Verhafteten selbst eine Kugel in den Kopf, einer ist bereits gestorben, der andere tödlich verletzt. Es handelt sich um die Brüder Harry und Fritz Dyck aus Königsberg, die zur kommunistischen Partei gehörten.

Echte Bernstein-Brosche
in Silberfassung Bautzner bis Niederlagstr. gestern nachm. verloren. Gegen Belohnung abzugeben im Tagebl. Riesa.

Möbliertes Zimmer
für Herrn gesucht.
Offerten an Otto Morgenberg, Hauptstr. 64.

Nach
bestellungen auf das „Riesaer Tageblatt" für Monat September sind sofort beim Postamt oder den Zeitungsträgern zu veranlassen. — Bezugspreis Mark 4.— ohne Zustellungsgebühr. — —

Meine
halbwollenen Kleiderstoffe
sind der grosse Artikel
für die Jetztzeit.

1. Hervorragende Tragfähigkeit
2. Vorzüglich in der Wäsche
3. Aus gutem Material
4. **Sehr, sehr billig.**

Einige Beispiele:

Halbwolle für Kleider
in blau-weiß, grün-weiß, braun-weiß gestreift, 85 cm breit, Meter **M. 26.—**

Halbwolle für Blusen und Kleider
in allen Farben mit schönen munteren Streifen, 85 cm breit, Meter **M. 30.—**

Halbwolle für Blusen
schöne gangbare Farben und Muster 70 cm breit . . . Meter **M. 32.—**

Beachten Sie bitte mein Schaufenster am Albertplatz

H. Lohmann Nachf.
Albertplatz.

Müßiggang ....

„Müßiggang ist aller Laster Anfang" — dies Sprichwort haben die Voreltern beständig im Munde geführt, und es schwebte wie ein Menetekel über der Erziehung der Kinder wie über dem Dasein der Erwachsenen. Heute ist dies Wort so ziemlich aus der Mode gekommen, und der Mensch hat sein „Menschenrecht auf freie Zeit" entdeckt, von dem er ausgedehnten Gebrauch macht. Aber auch die rechte Verwendung der Mußestunden ist eine Kunst, die gelernt werden muß, und es scheint, als ob gar viele heutzutage mit den freien Stunden, die ihnen die kürzere Arbeitszeit läßt, nichts Rechtes anzufangen wissen, und so das alte verpönte Sprichwort mehr denn je zur Wahrheit wird. In der „guten alten Zeit" galt untätig sein fast für ein Verbrechen. Klöden erzählt in seinen schönen Erinnerungen, daß seine Großmutter zu sagen pflegte: „Wenn ein Mädchen nicht weiß, was es tun soll, so schneidet es ein Loch in seine Schürze und flickt es wieder zu." Es war ein Gesetz der damaligen Erziehung, daß man die Kinder, und besonders die Mädchen, nie müßig gehen lassen dürfe, sonst „kommen sie auf schlechte Gedanken". Ein Beispiel für diese Art der Pädagogik berichtet uns Gustav Schwab aus seiner Jugend. Sein Vater verlangte von den Kindern, daß sie nie und nimmer auch nur eine Minute unbeschäftigt sein sollten. Sie sollten spielen oder sogar sich balgen, wenn sie nichts Besseres wüßten, aber stets etwas tun. Man hielt deshalb darauf, daß auch die Kinder bereits im Garten arbeiteten. Daneben wurden aber auch freilich recht seltsame Aufgaben ersonnen, um die Jugend vor der Gefahr des Müßigganges zu schützen. Die Mädchen mußten unendliche Mengen von Handarbeiten machen, „Börsen in Filet arbeiten, Bänder besticken usw." Die Professoren gaben ihren Kindern auf, „nachzusehen, wie oft dieses oder jenes Wort in einem Buch des Tacitus oder Cicero vorkomme, wobei denn das geringste Uebersehen streng gerügt, vollkommene Leistung dagegen mit großem Lob ausgezeichnet wurde". Abschreiben aus Büchern war eine Hauptbeschäftigung. Den Kindern wurde auf diese Weise viel Sonne und Freude genommen. Wenn wir hören, daß Charlotte von Stein sie mit einer Puppe gespielt hat, daß der große Philologe Fr. Aug. Wolf niemals an einem Knabenspiele teilgenommen, so möchten wir einer derartig radikalen Ausrottung des Müßigganges nicht das Wort reden. Aber arbeitsame tüchtige Menschen mit nimmermüdem Fleiß und unendlicher Ausdauer wurden aus diesen Kindern, denen schon so früh der Müßiggang als aller Laster Anfang hingestellt wurde. Heute, wo Sport und Spiel so reich entwickelt sind, weiß die Jugend wohl am besten, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen soll. Schwieriger ist es für die älteren Menschen, die früher viel weniger freie Zeit hatten, sich in die neue Lage der Dinge zu schicken. Sie verfallen dann leicht dem Kneipenleben, das den Deutschen ja leider seit langem eigentümlich ist; sie schlagen die Zeit mit jenen leeren und nichtigen Vergnügungen tot, wie sie sich gerade jetzt in so übergroßer Anzahl darbieten. Die Rummelplätze, die z. B. in Berlin wie die Pilze aus der Erde geschossen sind, haben ein großes Publikum, das sich durchaus nicht nur auf halbwüchsiges Volk beschränkt. Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gegenwart, denn die Umstellung der Lebensform, wie sie durch den Achtstundentag bedingt wird, erfordert auch einen Neuaufbau der Lebenshaltung. Mehr als bisher muß in unserm Volke der Gedanke lebendig werden, daß Erholung nicht Nichtstun heißt oder leeres Vergnügen, sondern intensive Beschäftigung mit anderen Dingen. Den Menschen, die sich jetzt plötzlich im Besitz eines der köstlichsten Güter, nämlich freier Zeit, befinden, und damit nichts anzufangen wissen, müssen die Tore geöffnet werden zu jenen Herrlichkeiten echter Muße, die im Lesen eines guten Buches, in einem aufmerksamen Spaziergang durch die Gottesnatur liegen. Unsere Volkshochschulen und anderen Bildungsanstalten sollten daher nicht nur auf die Vermittlung alles möglichen Wissenswertes achten, sondern zunächst einmal die Menschen darin unterweisen, wie man seine freie Zeit gut anwendet und dadurch das alte Sprichwort „Müßiggang ist aller Laster Anfang", zu schanden macht.

Kunst und Wissenschaft.

Massenkonzert der Meißner Gesangvereine im Eichenbrücher Park. Der von den Meißnern als Erholungsstätte sehr gern benutzte Park zu dem sagenumwobenen Schlosse von Siebeneichen wird am nächsten Sonntag, den 5. September, von seinem Besitzer, Frhrn. v. Miltitz, in seiner gesamten Ausdehnung für den Verkehr freigegeben, weil an diesem Tage in dem Park ein Massenkonzert der Meißner Gesangvereine abgehalten wird, das nachmittags 3 Uhr beginnt. An dem Konzert nehmen teil die Gruppen Meißen des Elbgausängerbundes, der Meißner Lehrergesangverein und der Meißner Männergesangverein, der zumeist aus Arbeitern besteht. Die letzten beiden sind gemischte Chöre. Die Veranstaltung geschieht zum besten der Ende Mai d. J. bei einer lokalen Wasserkatastrophe schwergeschädigten Meißner Einwohner. Uebrigens sind auch an diesem Festtage die Anlagen des Parkes dem Schutze der Besucher empfohlen.

Wundts Ethik und unsere Zeit. Aus der Mitte der achtziger Jahre stammte die große Arbeit über „Ethik" des eben verstorbenen Wilhelm Wundt, mit der er einen für seine Entwicklung wichtigen Schritt insofern tat, als das sittliche Lebensgebiet seiner bisherigen psychologischen Forschung dem Gegenstande nach vielleicht am meisten fernlag. Die Anschauungen, die Wundt in seiner Ethik über das sittliche Leben des einzelnen Menschen und der menschlichen Gesamtheit entwickelte, sind ungemein bezeichnend für seine Denkweise und seine Persönlichkeit und gerade heute recht zeitgemäß. Hier hatte sich Wundt unter anderem zu entscheiden über den großen Gegensatz, der die heutige Ethik beherrscht, nämlich den einer mehr individualistisch. u. einer sozialen Auffassung des sittlichen Lebens. Den extremen Individualismus, das heißt die Ansicht, daß das große Individuum sein eigener sittlicher Gesetzgeber ist, und daß für die Herrennatur dasjenige recht und sittlich ist, was sie durchzusetzen vermag, hatten in reiner Form Max Stirner und Nietzsche verkündet. Ihnen gegenüber ist am entschiedensten vielleicht von Seiten der Neu-Kantianer die einseitige soziale Auffassung des sittlichen Lebens betont worden, nach der das Individuum keine höhere Aufgabe hat, als den allgemeinen Willen in seinem Leben zu verwirklichen. Wundt versucht eine Vermittlung zwischen den beiden Gegensätzen zu schaffen, aber er steht im Ganzen doch dem ethischen Sozialismus weit näher als dem Individualismus. Er behauptet sogar, daß sittliche Prinzipien für den einzelnen Menschen als solchen nicht existieren. Sittlich ist überhaupt nur das in unseren Gesinnungen und Handlungen, worin der Einzelwille mit einem ihm übergeordneten Gesamtwillen übereinstimmt, und alle Sittlichkeit wurzelt in dem Gefühl der Verpflichtung und der Hingabe des einzelnen an einen ihm übergeordneten Willen. Zwar erkennt Wundt an, daß es zwei Klassen von sittlichen Geboten und Normen gibt, die individuellen und die sozialen; aber die individuellen Normen seiner Ethik sind recht dürftig; es gibt eigentlich nur ein rein individuelles Prinzip der Sittlichkeit, nämlich das der Selbstachtung; es lautet: „Denke und handle so, daß dir niemals die Achtung vor dir selber verloren gehe!" Das einzige weitere Prinzip, das Wundt als ein individuell-ethisches nennt, trägt aber schon wieder deutlich einen sozialen Charakter; es lautet: „Erfülle die Pflichten, die du dir und anderen gegenüber auf dich genommen." Die sozial-ethischen Normen betonen dann ferner in solchem Maße die bedingungslose Unterwerfung des Individuums unter den Gemeinwillen, daß der Gemeinsinn geradezu als der Kern der ganzen Ethik Wundts erscheint. Dem entspricht es, wenn bei der Würdigung der einzelnen sittlichen Lebensgebiete der Beruf eine besonders hohe Wertschätzung erfährt. Berufstreue ist daher eine von Wundt besonders hoch geschätzte Tugend, und charakteristisch ist der Ausspruch: „Ein so gewaltiger Erzieher zur Sittlichkeit der Beruf ist, eine ebenso schlimme Quelle des Unsittlichen ist die Berufslosigkeit, um so schlimmer, weil sie die weitaus häufigste ist."